Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

27.08.1931 (Nr. 87)

Visual Library

Einzelpreis 15 Pfg.

BMZ

Donnerstag, 27. August 1931 Nr. 87

3 mal Brüning

„Umsturz nicht zu befürchten"

Wahrheit über die Großpensionäre

Osterloh und Ehlers

S. P. D. — Korruption

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen Herausgeber: Kurt Thiele Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Bahnhofstraße 26. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878

Die BMZ erscheint jeden Werktag u. kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zuzüglich 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Aussperrung usw hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises

Anzeigenberechnung: hiesige die 10 gesp. Nonp.-Zeile RM 0,25, auswärts RM 0.30, im Textteil die 3gespaltene Textzeile RM 1.— auswärts RM 1.25. Stellengesuche u. Familien-Anzeigen RM 0.10 Kleine Anzeigen RM 0,15. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit

Roselius und wir

Notwendige Klarstellung

von Konsul Laue, Bremen

Generalkonsul Dr. h. c. Roselius hat vor einigen Tagen einen Aufsatz zur Lösung der Wirtschaftskrise veröffentlicht, der nicht unwidersprochen bleiben darf. Immerhin interessiert uns die politische Entwicklung dieses bremischen Wirtschaftsführers, die scheinbar von Friedrich Ebert über den König von Bulgarien in die Nähe nationalsozialistischer Gedankengänge führt.

Die Schriftleitung.

Unter der Ueberschrift „Der Weg zur Rettung" bringen die „Bremer Nachrichten" in Nr. 235 vom 25. Aug. 1931 einen Artikel von Herrn Ludwig Roselius „Weltkrisis und Arbeitslosigkeit", der ganz zweifellos außerordentlich interessant ist und zwar besonders insofern, als der Artikelschreiber versucht, Ideen zu Gehör zu bringen, die von **nationalsozialistischen Wirtschaftlern viel präziser durchdacht,** in die Tat umgesetzt werden würden, sobald eine nationalsozialistische Regierung das jetzige Kabinett Brüning abgelöst haben wird. Die Nationalsozialisten können sich infolgedessen mit den Auslassungen des Herrn Ludwig Roselius in dieser Form nicht einverstanden erklären, zumal dieselben außerordentlich lückenhaft und aus dem Gesamtproblem herausgenommen u. U. zu einer ungeheuren neuen Schädigung des deutschen Wirtschaftskörpers führen könnten. Es ist auch im Rahmen dieses Zeitungsartikels nicht möglich und beabsichtigt, den ganzen Komplex von Problemen zu erörtern, sondern lediglich auf gewisse Punkte des Artikels von Herrn Roselius einzugehen.

Herr Roselius behauptet eingangs seines Artikels, daß die Arbeitslosigkeit und die Not der Völker eine Folge der Goldhausse sei, die seit fast 3 Jahren in wachsendem Maße die Wirtschaft der Welt bedrohe. Ich bin der Anschauung, daß die Ursache der Arbeitslosigkeit nicht in einer Goldhausse zu suchen ist, sondern viel eher **auf die Goldzusammenballung in gewissen Kreisen** zurückgeführt werden muß. Aber bekanntlich sind es eine ganze Reihe anderer Umstände, die die Arbeitslosigkeit in erster Linie begünstigt haben und zwar ist wohl der schwerwiegendste Faktor darin zu suchen, daß durch den Krieg, allerdings nicht hervorgerufen, aber doch wenigstens beschleunigt, die früheren Absatzgebiete Deutschlands, Englands und Amerikas sich **eigene Industrien geschaffen haben.** Diese jungen Industrien, die in den früheren Absatzgebieten der Industriestaaten entstanden sind, konnten aber nur dadurch aufgebaut werden, daß diese überseeischen zum großen Teil Agrarländer darstellenden Absatzgebiete durch die Errungenschaften der Technik soviel Arbeitskräfte bei den landwirtschaftlichen Arbeiten frei bekamen, daß sie Arbeiter genügend zur Verfügung hatten, um eigene Industrien aufbauen zu können.

Als weitere Ursache könnte man allerdings sagen, daß die fehlerhafte und durch das jetzige Wirtschaftssystem hervorgerufene Verteilung der Goldbestände der Welt zu der Arbeitslosigkeit erheblich beigetragen hat. Bekanntlich befinden sich $^2/_5$ der Goldbestände der Welt in Amerika, $^1/_5$ in Frankreich und in die restlichen $^2/_5$ teilt sich die gesamte übrige Welt. Gold kann aber nur dann ein allgemeines Interesse zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft haben, wenn jeder es in genügendem Umfange besitzt, um es ausgeben zu können und dadurch die Wirtschaft wieder zu befruchten. Wenn die Welt von der Zusammenballung des Goldes in Amerika und Frankreich weiter gezwiebelt wird, werden sich die benachteiligten Länder sicher eines Tages die Frage vorlegen müssen, ob es für sie nicht besser sei, **grundsätzlich von der Goldwährung abzukommen.** Welche Gefahr für das internationale Großkapital in einer nationalen Währung liegt, geht am besten daraus hervor, daß man Deutschland im Dawesplan gezwungen hat, von der Rentenmark wieder zur Goldwährung zurückzukehren. Auch Herr Roselius kommt zu dem Schluß, „daß die Goldzusammenballungen von ungeheurer Gefahr begleitet sind, redet aber trotzdem der Goldwährung das Wort. Er bringt zum Ausdruck, daß, wenn ein Land Gold aufspeichert, dadurch die ganze Welt in ein Unglück gestürzt werden könne und wenn es England und Amerika nicht möglich sei, diese Aufspeicherung (in diesem Falle Frankreichs) zu verhindern, so wäre dieses für Deutschland noch viel weniger möglich, denn Amerika und England seien goldproduzierende Länder." Dieses erhellt blitzartig die vorliegende Situation. Für Deutschland ist es wichtiger, von der Goldwährung abzukommen als für jedes andere Land, denn Deutschland ist zur Erschaffung von goldwertigen Werten einzig und allein auf seine Arbeitskraft und die geistige Initiative seiner Gelehrten und Ingenieure angewiesen.

Herr Roselius stellt die Frage, ob Frankreich das gehamsterte Gold freigeben wird, und darauf kann wohl jeder, der die Weltmachtpolitik Frankreichs in den letzten 13 Jahren verfolgt hat, mit einem glatten Nein antworten, denn Frankreich, das ja, gemessen an seinem Geburtenrückgang und anderen Verfallserscheinungen, ein sterbendes Volk ist, wird alle Machtmittel, die ihm zur Verfügung stehen, in der Hand behalten, um seine mit Hilfe anderer Völker im Kriege erlangte Machtposition so lange wie möglich aufrecht zu erhalten, Frankreich weiß, daß es in dem Nichts verschwinden muß, wenn es nicht mit zäher Energie diese Machtstellung verteidigt. Denn einen zweiten Krieg würde es, auf sich selbst gestellt, trotz aller Rüstungen etc. verlieren müssen.

Der Vorschlag, der hinsichtlich der Stabilisierung des Goldpreises, aus dem in erster Linie die Arbeitslosigkeit nach Herrn Roselius resultieren soll, gemacht wird, ist, vom kaufmännischen Standpunkt betrachtet, absolut akzeptabel, aber trotzdem nicht durchführbar, weil keine Möglichkeit besteht, die vorgeschlagene Staatengemeinschaft unter einen Hut zu bringen. Dieses gelingt ja nicht einmal im eigenen Volke!

Die Schlußfolgerung dieses Vorschlages, daß, wenn derselbe nicht durchgeführt würde, mit dem Bolschewismus gerechnet werden müsse, ist doch wohl etwas gewagt. Allerdings gebe ich zu, daß, wenn es keinen Nationalsozialismus gäbe, der doch das Bollwerk gegen die Bolschewisierung Deutschlands bedeutet, den Gedankengängen des Herrn Roselius wohl gefolgt werden könnte. Es ist jedenfalls lehrreich, zu sehen, wie wenig in gewissen Kreisen über die Ziele des Nationalsozialismus bekannt ist, denn sonst hätten auch die Bremer Nachrichten den Inhalt des Artikel, allerdings unter gewissen Einschränkungen nicht als beachtliche neue Wege bezeichnen können.

Herr Roselius rekapituliert sodann, „Gold ist für unabsehbare Zeit zufolge seiner genügenden Seltenheit und seiner Eigenschaft als sicherste, unveränderliche und unzerstörbare Ware der Welt die allein mögliche Deckung für den internationalen Zahlungsverkehr. Ich sage, daß sich das Gold,

Das ohnmächtige England

Der „Daily-Herald" hält seine Behauptungen aufrecht.

London, 27. August. Der „Daily-Herald" hält trotz aller Dementis an seiner Meldung fest, daß die Federal Reserve-Bank von Neuyork weitere Kredite für die englische Regierung von drastischen Sparmaßnahmen in der Erwerbslosenversicherung abhängig gemacht habe. Zum Beweis seiner Behauptungen führt das Blatt eine Erklärung des bisherigen Ministerialdirektors im Schatzamt Ernest Thurtle an. Darnach habe Macdonald in einer Besprechung mit den Ministerialdirektoren am Montag ausdrücklich erklärt, die Vorschläge, die die Regierung der Bank von England übermittele, müßten nach Amerika telephoniert werden, um zu sehen, ob sie dort gebilligt würden.

Als weiterer Kronzeuge für diese sensationellen Behauptungen tritt der bisherige Landwirtschaftsminister Addison auf, der in einer Rede vor Parteigenossen erklärte, die Regierung sei nicht wegen irgendwelchen Forderungen der Gewerkschaften zusammengebrochen, sondern weil von gewisser Seite ein anderer Deckungsplan für den Fehlbetrag im Staatshaushalt verlangt worden sei, als der, der bereits ausgearbeitet im Kabinett vorlag.

Macdonald wendet sich an die Arbeiterpartei

London, 26. August. Macdonald hat am Mittwoch an die einzelnen Parlamentsmitglieder der Arbeiterpartei ein persönliches Schreiben gerichtet, in dem er den Abgeordneten eine Uebersicht über die Ereignisse der letzten Wochen gibt und ihnen die Beweggründe für seine und seiner Ministerkollegen Handlungsweise darlegt. Er bitte sie in ernsten Worten dringend darum, ihre Entscheidung über die bevorstehenden Maßnahmen solange aufzuschieben, bis auf der nächsten Parlamentssitzung sich der Regierung eine Gelegenheit geboten haben wird, die Lage zu klären und die genauen Einzelheiten dem Parlament zu unterbreiten. Macdonald hofft, daß bis dahin auf beiden Seiten der Kampf so geführt werde, daß die schwerwiegenden Probleme in leidenschaftsloser Weise besprochen werden könnten. Einer der bemerkenswertesten Punkte aus Macdonalds Brief ist seine Erklärung, daß sich die Krise mit Riesenschritten nähere und daß es sich zuletzt nur noch um Stunden handele. Die Regierung hätte ihr alleräußerstes getan, um zu anderen Hilfsmitteln Zuflucht zu nehmen, doch wäre ihr dies nicht gelungen, und aus diesem Grunde hätte sie die Konsequenzen ziehen müssen.

„Umsturz" nicht zu befürchten

Eine Erklärung Dr. Wirths

Stuttgart, 26. August. Auf dem parlamentarischen Abend des Zentrums am Dienstag, ergriff u. a. der württembergische Justizminister Dr. Beyerle das Wort, der für die Erhaltung der staatlichen Selbständigkeit Württembergs eintrat. An diese Ausführungen knüpfte Reichsinnenminister Dr. Wirth an. Er erklärte, mit der Reichsreform stehe es zur Zeit nicht so schlimm, wie man vielfach höre. Es sei ein Märchen, ja, eine Legende zur politischen Verhetzung zu sagen, daß er mit dem Artikel 48 der Verfassung den Ländern den Garaus machen wolle. Die Reichsreform sei nur in einer ruhigen Atmosphäre möglich. **Ein gewaltsamer Umsturz sei im Winter nicht zu befürchten, denn die Regierung sei stark genug, eine Revolution niederzuschlagen. Nicht eine Sekunde dürfe gezögert werden, der Gewalt mit höchster Gewalt zu begegnen. Wer die Hand erhebe, dem werde sie niedergeschlagen werden.** Die Regierung werde sich nicht überraschen lassen. Er sage das mit aller Bestimmtheit, nachdem er mit Baden und Württemberg darüber gesprochen habe und auch das Einverständnis Preußens besitze.

Keine Einberufung des Preußischen Landtags

Berlin, 26. August. Der Aeltestenrat des Preußischen Landtages ist bisher nicht einberufen worden. Der von den Nationalsozialisten unterstützte Antrag der Deutschnationalen auf sofortige Einberufung des Landtages ist von anderen Parteien nicht unterstützt und die erforderliche Mindestzahl von 90 Stimmen also nicht erreicht worden. Der mit anderer Begründung von den Kommunisten eingebrachte Antrag wird als besonderer Antrag angesehen, der bisher gleichfalls keine weitere Unterstützung erlangte. Mit der Einberufung des Landtages auf Grund dieser Anträge dürfte also nicht zu rechnen sein.

wenn es auch in seiner Materie unveränderlich und unzerstörbar ist, wie die Verhältnisse gezeigt haben, nicht als Deckungsmittel bei den einzelnen Völkern bewährt hat. Ist es wirklich nützlich, wenn die Währung durch Gold stabil gehalten werden kann, aber darüber der Zusammenbruch der Wirtschaft Arbeitslosigkeit die Folge ist? Ich stehe auf dem Standpunkt, daß eine nationale Währung, die keinerlei Verbindung mit den Währungen des Auslandes hat, die alleinige Rettung für Deutschland bedeutet. Wenn auch diese Möglichkeit im Augenblick nicht besteht, weil unsere Erfüllungspolitiker sich durch ihre Unterschrift im Dawesplan verpflichtet haben, an der Goldwährung festzuhalten, so wollen wir uns die Möglichkeit der nationalen Währung doch für die Zukunft merken und zwar unter dem Gesichtspunkt, daß **alles, was das Ausland uns versagt, für unser deutsches Volk gut sein muß.** Die Ausführung wird dem nationalsozialistischen Staate vorbehalten bleiben.

Deutschland ist ein armes Land geworden. Man merkt es nicht allein an der Verarmung weiter Schichten der Bevölkerung, sondern ganz besonders daran, daß man Deutschland, zum Glück, jetzt Auslandskredite versagt. Es besteht leider auch in der Regierung immer noch die Idee, daß Kredite uns aus der Misere herausbringen können und dabei weiß jedes Kind, schon in der Schule, daß es, um zu Verdienst zu kommen, arbeiten muß. **Das** Volk wird den größten Wohlstand entsprechend dem Rahmen, in dem es sich befindet, aufweisen, welches am fleißigsten arbeitet.

Voraussetzung hierfür ist die nationale Währung, die jeden Tag aus der Finanzhoheit des Reiches ohne Hilfe großkapitalistischer Bankkonsortien geschaffen werden könnte. Nennen wir die Währung ruhig Rentenmark, weil letztere sich bereits bewährt hat, die aber, da sie nichts weiter kostet, als Druck, Verwaltung und Papier, mit einem nicht ins Gewicht fallenden Zinsbetrag zur Verfügung stände. Warum dieses Geld, das für größte kulturelle Aufgaben der Nation Verwendung finden soll, keine Zinsen bringen darf, werde ich später erklären. Was würde sich nun aus der nationalen Währung vom Gesichtspunkt des Außenhandels ergeben? Das Ausland würde zunächst vor die Frage gestellt sein, ob es uns für die deutsche nationale Währung, die nur in Deutschland Kaufkraft hat, etwas verkaufen will. Wir sind bekanntlich auf die Einfuhr einer ganzen Reihe von Artikeln angewiesen. Daß dieses zunächst Schwierigkeiten bereiten würde, weil man uns zwingen möchte, die Goldwährung als die allein seligmachende anzuerkennen, darüber kann kein Zweifel herrschen, aber sehr bald wird das Ausland einsehen, daß es einen so großen Kunden wie Deutschland nicht entbehren kann, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse sich in den übrigen Ländern nicht immer weiter verschlechtern sollen und man wird uns wohl oder übel die Ware liefern, die wir brauchen, zumal man sehen wird, daß auf der von uns gewollten Basis das deutsche Volk sehr bald wieder zu Wohlstand kommen wird. Der ausländische Verkäufer erhält also von uns als Entgelt die deutsche nationale Währung und was ist die Folge? Er muß, wenn er sich für seine Waren bezahlt machen will, für die deutsche Währung in Deutschland Waren kaufen. Im selben Augenblick ist auch die Frage der aktiven und passiven Handelsbilanz gelöst, weil effektiv nicht mehr eingeführt werden wird, wie auf Grund deutschen Fleißes in den deutschen Fabriken erzeugt wird. Es gibt dann keine Hochschutzzollmauern mehr, die eine Ausfuhr deutscher Waren in das Ausland verhindern, denn für Ein- und Ausfuhr wäre im selben Augenblick eine natürliche Balance geschaffen. Es ist ja schließlich auch nicht mehr wie recht und billig, daß ich einen Kunden, der von mir Ware kauft, auch meinerseits berücksichtige.

Nun zum zweiten Punkt der intensiveren Arbeit. Herr Roselius bringt in seinem Artikel zum Ausdruck, daß die einzige Rettung für Deutschland in der Beschaffung von Umlaufmitteln läge. Ich behaupte, daß die einzige Rettung in der intensiveren Arbeit liegt, weil ein Volk, das arm geworden ist, als einzigen Aktivposten die Arbeitskraft hat, denn Arbeit schafft, wie bereits einmal gesagt, Werte.

Die Beschaffung von Umlaufmitteln, wie Herr Roselius sie für richtig hält, kommt aus später angeführten Gründen absolut nicht in Frage. Es könnte durch die Beschaffung von Umlaufmitteln der Wirtschaft allerdings eine gewisse Zeit ein neuer Auftrieb bereitet werden (Scheinblüte), wenn diese Umlaufmittel in diejenigen Hände gelangen würden, die heute nicht konsumfähig sind. Aber im Endeffekt wäre dies ja nichts weiter als eine verschleierte Arbeitslosenunterstützung, die mit der Belastung wertvollen deutschen Grundbesitzes erkauft werden müßte. Im übrigen würde sich dann nach gewisser Zeit auch die ausgegebenen Rentenmarkscheine in gewissen Händen zusammenballen und wir ständen wieder genau an derselben Stelle, wo wir heute bei der Goldwährung stehen. Rentenmark dürfte grundsätzlich nur ausgegeben werden, wenn die volkswirtschaftlichen Ausgaben die damit erfüllt werden sollen, dem Reiche die Möglichkeit geben, diese Rentenmark wieder einzuziehen, nachdem die Werte, die vermittels der Rentenmark geschaffen wurden, ertragsreich geworden sind. Als Beispiel soll folgendes dienen: Wir sind uns darüber klar geworden, daß Werte durch Arbeit geschaffen werden, daß Wohlstand entsteht, wenn die Bedürfnisse des Lebens des Einzelnen niedriger sind als der Wert, den er erarbeitet. Man kann gewissermaßen von ersparter Arbeit sprechen. Infolgedessen ist das Arbeitsproblem, wie Herr Dr. Schiele fälschlicher Weise annimmt, nicht ein reines Währungsproblem, denn die Höhe der Umlaufmittel ist ja wiederum nur ein Produkt der Arbeit, weil die Deckung der Währung durch Arbeit geschaffen wird. Es muß infolgedessen deutsche Arbeitskraft dort angesetzt werden, wo Werte geschaffen werden können, die unabhängig von dem vorhandenen Wirtschafts- und Erwerbskörper sind. Auf Grund der deutschen Konsum- und damit verbundenen Ernährungsnot könnte man z. B. ähnlich Holland mit Hilfe der Arbeitsdienstpflicht neue Kulturen schaffen. Wer sich aber damit beschäftigen möchte, sollte nachlesen bei Hugo Pieper: „Der Weg aus dem Elend und seine Finanzierung" sowie bei Prof. Schöpke: „Arbeitsdienstjahr anstatt Arbeitslosenwirrwarr" und Bezirksamtmann Böhmer, Lüderitzbucht: „Das Erbe der Enterbten."

Herr Roselius hebt hervor, daß die Anregung der Wirtschaft dadurch entstehen würde, daß dem Hausbesitzer durch Errichtung einer Rentenmark-Hypothek, die durch die Kapitalisierung der Mietzinssteuer auf das Haus eingetragen werden soll, die Möglichkeit gegeben sei, Reparaturen an seinem Hause vorzunehmen. Dabei ist erklärend zu bemerken, daß nach dieser Auslegung der Hausbesitzer den Wert der auf seinem Grundstück eingetragenen Zwangshypothek in Rentenmarkscheinen ausbezahlt erhalten soll. Es würde damit also dieses neue Geld nicht in die Hände derjenigen kommen, die in erster Linie den Konsum von Waren maßgeblich beeinflussen, nämlich in die Hände der Mittellosen und Arbeitslosen. Würde man diesen Weg der Errichtung von Rentenmark-Hypotheken auf Grund und Boden gehen und das Geld für solche Zwecke, wie Herr Roselius meint, für Instandsetzung der Häuser usw. tatsächlich benutzen, so würde auch wiederum nur eine zeitweilige Anregung der Wirtschaft in Erscheinung treten und man wäre in denselben Fehler verfallen, der sich jetzt erst durch die verschiedenen Bankkrachs erwiesen hat, nämlich flüssiges Geld festfrieren zu lassen. Es wäre nach meiner Meinung ein Verbrechen am deutschen Volke, einen derartigen Weg zu beschreiten.

Auch die vorgeschlagene Wohnungsbaupolitik wird vom nationalsoz. Gesichtspunkt aus überhaupt nicht in Frage kommen. Wenn Wohnungsbaupolitik betrieben wird, so muß diese betrieben werden im Rahmen einer gesunden Siedlungspolitik, wie sie Bezirksamtmann Böhmer in außerordentlich anschaulicher und überzeugender Weise zum Ausdruck bringt.

Nun noch eins. Wir alle erinnern den Notschrei der deutschen Landwirtschaft auf der kürzlichen Bauerntagung in München. Es ist leider zu wenig beachtet worden, welche Ungeheuerlichkeit sich in letzter Zeit ereignet hat. Das deutsche Getreide, welches bei der ungünstigen Lage der Landwirtschaft, sofern es nicht schon auf dem Halm gepfändet worden ist, sofort von der Landwirtschaft verkauft werden muß, damit die nötigsten fälligen Zahlungen geleistet werden können, **wird von dem Ausland, das kapitalkräftiger ist, aufgekauft.** Was dieses für den kommenden Winter bei der an sich großen Not bedeutet, kann sich jeder leicht ausrechnen. Nicht nur, daß dieses deutsche Erzeugnis mit einem u. U. hohen Aufschlag nach Deutschland zurückverkauft wird, sondern das Ausland hat in diesem Machtmittel Brot, indem es uns dieses vorenthält, die beste Handhabe für erneute politische Erpressungen. Hier wäre es an der Zeit, daß seitens der Regierung eingegriffen würde und daß aus der Finanzhoheit des Reiches heraus Mittel geschaffen würden, um diese Ernte, den Ertrag deutscher Arbeit, zu finanzieren.

Daß die in großen Umrissen als Grundlage für eine deutsche Wirtschaftspolitik niedergelegten Gedanken nicht verwirklicht werden, liegt ganz einfach darin begründet, daß unsere Staatsmänner bemüht sind, die Verhältnisse beizubehalten oder wieder herbeizuführen, die vor dem Kriege maßgebend waren. Daß letzteres aber nicht durchführbar ist, liegt einfach darin begründet, daß im Wandel der Zeiten alles in Fluß ist und in der alten Form das gewesene niemals wieder zurückkommt. Exakter gesprochen, durch die Errungenschaft der Technik sind Verhältnisse in Erscheinung getreten, die neue Aufgaben stellen. Eine Gesundung wird erst dann möglich sein, wenn dieses erkannt ist.

Osterloh und Ehlers

Ein Brief an den Senat

Es hat nur wenige Monate gedauert, bis der erste marxistische Bürgerschaftspräsident in Bremen, gewählt mit Hilfe der Deutschen Volkspartei, auf Grund eines öffentlichen Skandals im hohen Bogen vom Präsidentenstuhl verschwand und dabei gleichzeitig sein Mandat als Mitglied der Bürgerschaft verlor. Immerhin erkennen wir an, daß Herr Osterloh endlich die Konsequenzen gezogen hat und von der politischen Bühne abtritt. Ein so schwer belasteter Mann kann aber unserer Meinung nach auch nicht als Lehrer weiter wirken, ehe nicht die Vorgänge bei der Beamtenbank und auch die innerhalb des Tippoikenhauses restlos geklärt sind. Die Fraktion der NSDAP. hat daher folgendes Schreiben an den Senat gerichtet:

Hochverehrter Herr Bürgermeister!

Gegen den ehemaligen Präsidenten der Bürgerschaft, den Lehrer Johann Osterloh, besteht infolge der Mißwirtschaft der Beamtenbank, durch die deren Zusammenbruch herbeigeführt wurde, der dringende Verdacht mitschuldig an diesem Zusammenbruch zu sein und Tausende von kleinen Sparern betrogen zu haben. Dieser Verdacht wird durch die eigenen Aussagen und Geständnisse Osterloh's wesentlich verstärkt.

Ein Mann aber, auf dem ein so schwerwiegender Verdacht ruht, darf unmöglich weiter als Lehrer tätig sein. Er kann nicht Kinder rechtlich denkender Eltern zu Wahrheit und Ehrlichkeit, zu Anstand und guter Sitte erziehen. Da die Mißwirtschaft bei der Beamtenbank in der Oeffentlichkeit allgemein bekannt ist und überall mit Entrüstung besprochen wird, ist ohne weiteres anzunehmen, daß auch Osterloh's Schüler über den gegen ihren Lehrer vorliegenden Verdacht unterrichtet sind. Damit ist dann Osterloh's erzieherischer Einfluß auf die Kinder von vornherein unterbunden. An einem Widerspruch zwischen den Worten und den Handlungen eines Lehrers muß jede erzieherische Beeinflussung scheitern.

Wir fordern daher mit allem Nachdruck die sofortige Suspendierung Osterlohs von seinem Amte bis zum Abschluß der gerichtlichen Klarlegung seiner Verfehlungen. Diese Suspendierung hätte sofort nach Bekanntwerden der eigentümlichen Machenschaften Osterloh's erfolgen müssen. Das hätte auch unbedingt den Gepflogenheiten der Bremer Schulbehörde vor der Kriegszeit entsprochen.

Da der Marxist, Senator Rhein, zu unserem größten Befremden die Suspendierung Osterloh's von seinem Lehramt bis heute nicht verfügt hat, wendet sich die nationalsozialistische Bürgerschaft mit der dringenden Bitte an den gesamten Senat unsere, für jeden anständig Denkenden natürliche Forderung nach sofortiger Suspendierung des Osterloh als Lehrer an staatlichen bremischen Schulen veranlassen zu wollen.

Fraktion der N. S. D. A. P.

Nicht viel anders steht es um **Herrn Ehlers,** der in dem ganzen Skandal der Hauptschuldige in krimineller Beziehung zu sein scheint. Wie wir hören, hat der Verwaltungsrat der Handelsschule der Union ihn bereits von seinem Amt als Lehrer der Handelsschule suspendiert, jedoch mit vollem Gehalt. Allerdings wird er zur Bezahlung seines Vertreters herangezogen, aber bei Mk. 600.— Monatsgehalt und RM. 400.— festen Bezügen durch die Beamtenbank wird er dieser Verpflichtung wohl nachkommen können.

„Direktor Ehlers" hatte im Vorstand der Beamtenbank die wichtigsten Aufgaben zu erfüllen, denn er leitete die Kreditabteilung, war für die Sicherheit der Geldeinlagen und für die Ueberwachung der Depositenkasse verantwortlich. Diese seine Stellung hat er aber gröblich mißbraucht zu eigenen Spekulationen, obwohl gerade er immer wieder betonte, daß sich die Beamtenbank in Bremen in keine zweifelhaften Geschäfte einließe. „Direktor" Ehlers hat die Jahresberichte für 1929-30 angefertigt, **die sachlich unrichtig, also gefälscht** waren und er ist es gewesen, der aufkommendem Mißtrauen mit der Erklärung begegnete, die **Peußenkasse habe für alle Geschäfte der Bank die volle Verantwortung übernommen.**

Seine Mitarbeiter scheinen ihn schon seit vielen Jahren nicht geschätzt zu haben, denn wir wissen, daß er seit 1924 aus dem Vorstand entfernt werden sollte, aber leider wußte er zuviel von anderen dunklen Geschäften, als daß man hätte zugreifen können. Hier wird das gerichtliche Verfahren die notwendige Aufklärung bringen.

So empörend und skandalös alle diese Enthüllungen über die Beamtenbank und ihre schuldigen Leiter auch sind, so belustigend wirken die kümmerlichen Versuche der Volkszeitung, ihre entlarvten Genossen zu verteidigen. Besonders aufgeregt hat man sich über einen juristischen Artikel zur Konkurseröffnung, den die Schünemannpresse brachte und von dem man vermutete, daß er dem Konkursrichter von einem besonders rührigen Reporter der Nachrichten entwendet sei. Inzwischen hat die Justizpressestelle diesen Unsinn richtig gestellt und auch wir können der Volkszeitung verraten, daß sie sich auf dem Holzwege befindet, denn uns ist die Quelle gleichfalls bekannt und zugängig gewesen.

Selbstverständlich mußte auch ein neuer Schwindel über uns erfunden werden und so kam man auf den Gedanken, **das Tipphoikenhaus habe die NSDAP. in Bremen finanziert.** Diese Behauptung ist noch lächerlicher und unsinniger als die über unsere angeblichen Beziehungen zur Dynastie Lahusen, macht aber der bekannten schmutzigen Phantasie dieser Leute alle Ehre.

Die Bluttat an dem Stahlhelmmann Müller

Die Staatsanwaltschaft erhebt Anklage wegen Mordes

Breslau, 27. August. Der Ueberfall auf den Stahlhelmtrupp in der Oberdorstadt nach dem Stahlhelmaufmarsch am 30. Mai 1931 der zu der Ermordung des Stahlhelmmannes Müller aus Grünberg (Schlesien) führte, soll jetzt seine gerichtliche Sühne finden. Die Staatsanwaltschaft hat gegen den kommunistischen Arbeiter Haida aus Breslau wegen Mordes sowie gegen drei weitere Personen wegen Begünstigung Ldes Mordes die Voruntersuchung beantragt. Die Hauptverhandlung soll am 21. September stattfinden.

Kommunistischer Unhold abgeurteilt

Lüneburg, 26. August. Unter großer Beteiligung seiner politischen Genossen im Zuhörerraum wurde im Schnellverfahren gegen den Kommunisten Borchers verhandelt. Dieser hatte am 17. August den Jungstahlhelmer Klatte überfallen, ihm das Abzeichen abgerissen und mißhandelt. Der Angeklagte verweigerte vor Gericht jede Aussage. Er wurde in dieser Sache wegen Nötigung, Sachbeschädigung und Körperverletzung zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. — Am gleichen Tage drang Borchers in das Lüneburger Arbeitsamt ein, wo er verbotene Plakate aufhängte und die dortigen Beamten beschimpfte und bedrohte. Die Polizei mußte schließlich eingreifen und Borcher verhaften. Er erhielt wegen Hausfriedensbruches und Beamtenbeleidigung noch zweieinhalb Monate Gefängnis.

Reisende in Politik

Für gewisse Reisende in Politik, die sich gern „Führer" nennen, ist das Geschäft nicht ganz einfach, um so mehr, wenn den Führern die Gefolgschaft fehlt. In solcher Kamalität befindet sich die sogenannte „Nationalsozialistische Kampfgemeinschaft", deren zahlreiche legitime und illegitime Väter ihr Embryo mal hier und mal dahin schaukeln, je nachdem die Geldquellen fließen. Vergangene Woche hat man wieder mal eine „Führertagung" abgehalten, um die durch die verschiedenartigen Finanzquellen der Stennes- und Strasserleute bedingten Unterschiede der gemeinsamen Politik zu überbrücken. Auf dieser Tagung mußte der große Revolutionär Walter Maria Stennes zugeben, daß er nicht in der Lage sei, seinem Montagsblatt eine andere redaktionelle Richtung zu geben. Der Geldgeber hat vermutlich die Gesinnung des Herrn Stennes auf die nächsten Wochen gepachtet und erst zum 1. Oktober soll eine Aenderung der Politik durch Berufung eines neuen Redaktionsstabes erfolgen. Es ist eben nicht leicht „Führer" zu sein.

Aus aller Welt

Hilferding klagt

Hannover, 26. August. Vor dem Schöffengericht fand gestern eine Verhandlung statt gegen Pg. Schriftleiter Dr. Haupt-Hannover. Herr Hilferding hatte sich beleidigt gefühlt durch einen Korrespondenzartikel, in dem die Rede war von einem Steuergeschenk von 29,5 Millionen Mark an den Reemtsma-Konzern, und davon, daß er Aufsichtsrat bei dieser Firma sei. Das letztere hatte Herr Hilferding dementiert und es war berichtigt worden. Darüber hinaus hat Herr Hilferding ein rundes Dutzend Zeitungen verklagt, durch seinen ebenfalls jüdischen Rechtsanwalt Landsberg. Das Steuergeschenk an den jüdischen Zigarettenkonzern Reemtsma soll nach einer Zuschrift an das Gericht „nur" zehn Millionen Mark betragen haben. Dr. Haupt wurde zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt, die er als Nichtraucher dem Zigarettenkonzern ohnehin längst schuldig ist. Der hannoversche „Volkswille" lügt wieder in seinem unsauberen Blatt und verschweigt die Tatsache, daß ein „sozialistischer" Finanzminister Riesenkonzernen Millionengeschenke macht, während er kleine Bauern und Geschäftsleute um ein paar hundert Mark pfänden läßt. Auch Hugenbergs Telegraphen-Union berichtet falsch: „Die Behauptungen waren unrichtig." Nein, die wichtigste Behauptung war und ist richtig, und sie zeigt, wo bei den Sozialdemokraten die sozialistische Phrase aufhört und die großkapitalistische Praxis anfängt.

Zwei englische Dampfer zusammengestoßen

London, 26. August. Der engl. Küstendampfer „Nungo" ist in der Mittwochnacht mit dem Küstendampfer „Mayflower" bei Mersey zusammengestoßen und gesunken. Zwei Mann der Besatzung werden vermißt, während die übrigen gerettet werden konnten.

Das Tiefenruder verschwunden

Kopenhagen, 25. August. Nach Meldungen aus Oslo scheint Wilkins Unterseeboot „Nautilus" überhaupt noch nicht getaucht zu sein. Aufgefangene Funksprüche besagen, daß das U-Boot wiederum Maschinenschaden erlitten hat. Die Batterien seien beschädigt oder nur zur Hälfte intakt; an der Steuerung seien Schäden aufgetreten. Angeblich soll das Tiefenruder durch Packeismassen abgerissen worden sein. Das U-Boot hat sich aus dem Packeis wieder herausbegeben müssen, um besseres Wetter abzuwarten. Sachverständige in Oslo betrachten die Lage des „Nautilus" so, daß man überhaupt kaum noch damit rechnen könne, daß das U-Boot unter Eis gehen kann. Wenn, wie man annimmt, nur noch eine Batterie arbeitet, könnte sich das U-Boot nur wenige Stunden unter Eis aufhalten.

Zusammenstoß zwischen Auto und Straßenbahn

Gelsenkirchen, 26. August. Am Mittwoch wurde hier ein Straßenbahnwagen beim Passieren der Schalkerstraße von einem Personenkraftwagen angefahren. Der Straßenbahnwagen wurde aus den Schienen gehoben, der Kraftwagen vollkommen zertrümmert. Der Führer und ein Insasse des Kraftwagens wurden durch Schnitt- und Quetschwunden schwer verletzt, während ein dritter Insasse mit leichteren Verletzungen davonkam. Der auf der hinteren Plattform stehende Straßenbahnschaffner erlitt erhebliche Verletzungen, die anderen Straßenbahnfahrgäste kamen mit geringfügigen Verletzungen davon. Nach den bisherigen polizeilichen Ermittlungen trifft die Schuld an dem Unglück den Führer des Kraftwagens, der mit unverantwortlicher Geschwindigkeit die Straße durchfuhr. Der Führer und seine beiden Begleiter waren stark angetrunken.

Geldbriefträger überfallen

Breslau, 26. August. Am Mittwoch vormittag wurde in der Augustastraße 180 ein Geldbriefträger von zwei Männern überfallen. Da der Beamte sofort um Hilfe rief, ergriffen die Täter die Flucht und konnten unerkannt entkommen.

Haager Urteil am 2. September?

Berlin, 26. August. Wie die T.U. erfährt, wird das Gutachten des Haager Schiedsgerichtshofes über das deutsch-österreichische Zollabkommen voraussichtlich am Mittwoch, den 2. September, veröffentlicht werden, so daß das Ergebnis noch in den Beratungen des Völkerbundsrates vor der Vollversammlung besprochen werden kann. Im Interesse einer schnellen Veröffentlichung des Urteils dürfte man auf die sonst bei der Veröffentlichung übliche Drucklegung verzichten.

Rußland gegen Polen

Moskau, 26. August. Von amtlicher russischer Seite wird zu den polnisch-russischen Verhandlungen eine Mitteilung veröffentlicht, die etwa wie folgt lautet: „Im Zusammenhang mit den Nachrichten über die Ueberreichung von polnischen Vorschlägen am 23. August in Moskau auf Abschluß eines russisch-polnischen Nichtangriffspaktes wird von russischer Seite mitgeteilt, daß die übermittelten Vorschläge den aus dem Jahre 1926 entsprechen, die s. Z. von der Sowjetunion abgelehnt worden sind. Die neuen polnischen Vorschläge, die am 23. August von dem polnischen Gesandten Patek übermittelt wurden, enthalten nicht nur die alten Vorschläge, die für die Sowjetregierung unannehmbar waren, sondern darüber hinaus einen neuen Vorschlag, den man nicht als Fortschritt betrachten kann. Aus diesem Grunde kann vorläufig von dem Abschluß eines russisch-polnischen Nichtangriffspaktes keine Rede sein."

Gandhi fährt nach London

London, 26. August. Wie nunmehr feststeht, tritt Gandhi am Sonnabend die Reise nach London an. Die Entscheidung über die Reise fiel nach einer Unterredung Gandhis mit dem Vizekönig.

3 mal Brüning

Drei Reden hat der Reichskanzler Brüning bei der Sitzung der Zentrumsfraktion des Reichstages in Stuttgart gehalten. Die „Germania" berichtet bisher nur über die Rede, die er beim Parlamentarischen Abend in Stuttgart gehalten hat; sie ist offenbar auf die Wirkung im Auslande berechnet. Brüning gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Welt nur gesunden könne, wenn eine Reihe von Maßnahmen auf internationaler Basis in diesem Augenblick und in dieser Zeit der größten Wirtschaftsnot ergriffen werden. Er stellte weiter fest, die Regierung sei sich klar, „daß wir aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, uns zu helfen. Trotzdem müssen wir aber versuchen, das deutsche Volk durch die nächsten Monate und ihre Not aus eigener Kraft hindurch zu bringen." Der erste Satz hebt den zweiten auf.

Ueber die zweite Rede, die Brüning in Stuttgart gehalten hat, sagt der parteiamtliche Zentrumsbericht, er, Stegerwald und Wirth hätten „über die gegenwärtige Lage" gesprochen. Es habe sich volle Einmütigkeit in der Auffassung der Sachlage wie auch der besonderen zu lösenden Aufgaben ergeben, um die Schwierigkeiten des kommenden Winters zu überwinden.

Ueber die dritte Rede, die der Reichskanzler gehalten hat, schweigt sich die offiziöse Presse einstweilen aus; man ist also auf andere Quellen angewiesen. Nach diesen ist der Kanzler von den Reichsreformplänen einigermaßen abgerückt und hat sich gegen eine Erweiterung des Kabinetts nach Rechts oder Links ausgesprochen, allerdings mit der Einschränkung: „unter den gegebenen politischen Verhältnissen". Er hat sich ferner zu einer begrenzten Aufsicht über die Banken bekannt; „auch vor dem Direktorium und dem Generalrat der Reichsbank könne und werde die Regierung nicht halt machen". Er hat weiter davon gesprochen, „daß wir **durch das tiefe Tal dieses Winters hindurch müssen** und daß wir nicht nach den goldenen Aepfeln greifen dürfen, um nach Jahren zu erkennen, daß diese goldenen Aepfel nur Staub gewesen seien".

In seinem Schlußwort erklärte Parteiführer Prälat Kaas, die Fülle und vor allem die Dringlichkeit der zu bewältigenden Aufgaben machten es dem Kanzler unmöglich, vor jeder Entscheidung parlamentarische Instanzen oder Parteiführer zu hören. Aber die Verbindung mit der Zentrumspartei sei durch die enge Zusammenarbeit Brünings mit dem Parteiführer gewährleistet.

Hugenberg bei Brüning

Wie wir erfahren, soll der Führer der Deutschnationalen, Dr. Hugenberg, heute vom Reichskanzler Brüning empfangen werden. Kombinationen, die allzu übereifrige Blätter hieran knüpfen zu müssen glauben, erscheinen uns doch entschieden zu weitgehend und außerdem auch noch sehr verfrüht. Die Angelegenheit interessiert uns aber besonders, weil einmal der Kanzler in Stuttgart vor seinen Zentrumsparteifreunden ganz deutlich zum Ausdruck brachte, daß er nicht daran denke, die Regierung irgendwie zu erweitern, und zum anderen Male, weil diese ganze Affaire schließlich auf eine Machtprobe der SPD. hinauslaufen müßte.

Erste Sitzung des neuen englischen Kabinetts

London, 27. August. Die erste Besprechung der Gesamtregierung fand, wie vorgesehen, um 14,30 Uhr statt und dauerte eine Stunde. Im Anschluß hieran hielten die 10 Kabinettsminister ihre erste Kabinettssitzung ab, auf der hauptsächlich die Frage der weiteren Stellenbesetzung im Gesamtkabinett beraten wurde.

Die Hoffnungen Macdonalds, Tom Shaw zum Verbleiben im Kriegsministerium zu bewegen, haben sich jedenfalls nicht erfüllt, und es verlautet, daß möglicherweise der erste Lord der Admiralität, Austen Chamberlain, auch das Kriegsministerium übernehmen wird.

Wie es heißt, sind nur vier der sozialistischen Unterstaatssekretäre zur Unterstützung der Nationalregierung bereit, während die hohen juristischen Stellen wie bisher besetzt bleiben. Es wird außerdem erwartet, daß die Zahl der Unterstaatssekretäre wesentlich und zwar möglicherweise von 18 auf 7 herabgesetzt werden soll.

Das Paradies Sowjetrußland

Moskau, 24. August. Die Lage in der russischen Kohlenwirtschaft hat sich in der letzten Zeit ganz erheblich verschlechtert. Die Kohlenförderung, besonders im Donezbecken, ist derart zurückgegangen, daß die rechtzeitige Durchführung des Fünfjahresplans in Frage gestellt ist. Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei hat sich deshalb am Sonntag unter dem Vorsitz Stalins eingehend mit der Frage beschäftigt und dem Rat der Volkskommissare zur Vermeidung einer Katastrophe vorgeschlagen, sofort 900 Mill. Rubel zum Ausbau der Kohlenindustrie zur Verfügung zu stellen. Weiter sollen die Lebensmittelrationen der Arbeiter und Ingenieure verdoppelt werden. Auch die Versorgung der Kohlenarbeiter mit anderen Waren soll erheblich gesteigert werden. Alle Parteiinstanzen werden angewiesen, für die Kohlenindustrie neue Arbeiterreserven bereit zu stellen. — Daß die Rationen verdoppelt werden, daß die Versorgung mit Waren gesteigert werden soll und daß neue „Arbeiterreserven" bereitgestellt werden sollen, zeigt wohl am deutlichsten, in welch erbärmlichen Verhältnissen der russische Arbeiter lebt, und wie sehr mit seiner Kraft Mißbrauch getrieben wird. Man braucht Reserven.

Die Wahrheit über die Großpensionäre

Seit einigen Tagen entwickelt die sozialdemokratische und demokratische Presse wie auf ein gegebenes Signal **eine zielbewußte Hetze gegen die Pensionäre**, insbesondere die sogenannten **Großpensionäre**. Auch das **Zentrum** beteiligt sich als würdiger Blutsbruder des Marxismus an diesem Kesseltreiben. Man mag über die Höhe der Pensionen einzelner Minister und Generäle der alten „fluchbeladenen" Zeit denken, wie man will, man wird aber zugestehen müssen, daß diese nicht auf Grund einer ganz **kurzen** Tätigkeit, zu der ihnen das Parteibuch verhalf, hohe Ruhegehälter bekamen, sondern weil sie sich diese durch ein langjähriges Wirken in Ehren verdient haben, und zwar meist zum Ausgleich für verhältnismäßig niedrige Gehälter während ihrer aktiven Dienstzeit. Wenn Generäle wie **v. Mackensen, v. Kluck, Ludendorff, v. Mudra, Sixt v. Arnim** fast 17 000 Mark jährlich Pension erhalten, für eine 40—50jährige Dienstzeit, so kann man nicht von einer übertriebenen Höhe sprechen, abgesehen davon, daß diese Männer doch wahrlich derartig hohe Verdienste um das Vaterland haben, daß sie gar nicht genug dafür belohnt werden können. Im Verhältnis hierzu erscheinen allerdings Pensionen von durchschnittlich 23 000 Mark für ehemalige Kaiserliche **Staatssekretäre** zu hoch, wie die v. Kuhlmann, v. Hintze, v. Jagow und Zimmermann.

Uns will scheinen, als ob diese Hetze gegen solche Ruhegehälter das Volk nur von den Pensionen ablenken soll — damit es nicht sehend werde! —, **die die Gewaltigen der Republik erhalten**, und zwar meist im Gegensatz zu denen aus der Vorkriegszeit für oft **nur ganz kurze** Dienstzeit.

Wir wollen daher wieder einmal diesen Hetzern das Gedächtnis schärfen. Es bezogen, bezw. beziehen noch:

Reichskanzler a. D. **Bauer**	18 500 Mark
Oberbürgermeister a. D. **Leinert**	22 000 „
Oberbürgermeister a. D. **Scheidemann**	16 500 „
Vizekanzler **v. Payer**, für 1jähr. Tätigkeit	30 000 „
Reichskanzler a. D. **Dr. Marx**	38 520 „
Reichsfinanzminister a. D. **Moldenhauer** für 6 Monate Ministertätigkeit	29 100 „
Reichspostminister a. D. **Stingl**	18 285 „
Reichskanzler a. D. **Cuno** und aus dem Dispositionsfonds 4830 Mark	23 115 „
Reichskanzler a. D. **Müller**	16 854 „
Reichsinnenminister a. D. **Dr. Jarres** 4950 Mk. als Zuschuß zum Oberbürgermeistergehalt von 26 550 Mk.=	31 500 „
Minister a. D. **Dr. Scholz** dazu 9720 Mk. als Oberbürgermeister a. D. =	13 368 „ 24 088 „
Kultusminister a. D. **Dr. Becker**	22 152 „
Minister a. D. **von Raumer**	15 912 „
Minister a. D. **Dr. Neuhaus**	20 904 „
Minister a. D. **von Schlieben**	16 860 „
Minister a. D. **Emminger**	19 052 „
Reichskanzler a. D. **Fehrenbach** der sich seine Rechtsanwaltszeit mit anrechnen ließ.	30 000 „
Thür. Minister a. D. **Frölich**	17 000 „
Justizminister a. D. **Radbruch**	20 000 „
Sächs. Minister a. D. **Neu** (für 14 Monate Dienstzeit)	19 255 „
Ehem. Polizeipräsident **Richter**	12 000 „
Minister a. D. Koch	19 032 „
Staatssekretär a. D. **von Rosenberg**	16 000 „
Staatssekretär a. D. **Dr. Fuchs** (als Zuschuß zu seinem Gehalt als Oberpräsident der Rheinprovinz)	14 850 „
Staatssekretär **Dr. Albert**	21 840 „
Staatssekretär **Dr. Freiherr von Rheinbaben** (weil er 6 Wochen Staatssekretär bei Stresemann war)	15 921 „
Staatssekretär a. D. **Capelle**	24 960 „
Staatssekretär a. D. **Wallraf**	24 024 „

Diese kleine Auslese dürfte genügen!

Ein Teil der oben Genannten bezieht außerdem noch als Reichstagsabgeordnete 7200 Mk. und als Landtagsabgeordnete ebenfalls 7200 Mk. an Diäten. Vielleicht bringen diese, der Stimme der SPD. gehorchend, das „Opfer", entweder auf ihre Pensionen oder auf ihre Diäten zu verzichten. Wir zweifeln keinen Augenblick daran und erwarten baldige Erklärung in diesem Sinne.

Wir haben noch nie etwas davon gehört, daß die sozialdemokratische Presse Kritik an obigen Pensionen übt und ihre ganz wesentliche Herabsetzung fordert, dafür aber hetzt sie — das Heuchlerische hat sie vom Zentrum gelernt! — gegen die in Ehren und in langer Dienstzeit erdienten und verdienten Ruhegehälter, anstatt daß sie bei ihren Genossen und Bettgenossen nach dem Rechten sieht. Wir hoffen, daß dies bald die **Nationalsozialisten** besorgen und gründlich aufräumen werden.

Inzwischen hat, in Verfolg der Hetze der sozialdemokratischen und zentrümlichen Presse, auch die der Bayerischen Volkspartei, um ja nicht zurückzubleiben, sich ihren Brüdern und Genossen angeschlossen. So richtet soeben der „Bayerische Kurier" einen scharfen Protest an das Reichsfinanzministerium und fragt an, welchen Einflüssen das Reichsfinanzministerium unterlegen sei, daß es an die Herabsetzung der Großpensionen nicht herangehen wolle, und ob sich das Reichskabinett der Haltung des Reichsfinanzministers anschließe: „Wir sagen: Nein, weil wir wissen, daß es sich bei **der Frage der Großpensionäre nicht um eine belanglose Etatangelegenheit, sondern um eine große politische Angelegenheit handelt**, die nicht einfach ad acta gelegt werden kann. Was sich Staaten wie England, die Schweiz, Holland und das mächtige Frankreich nicht leisten, muß auch in dem verarmten Deutschland einer gründlichen Aenderung unterzogen werden. Auf keinen Fall ist das letzte Wort gesprochen."

Wir würden uns aufrichtig freuen, wenn auch die **Bayerische Volkspartei** ebenso wie das **Zentrum und die SPD.** an die obigen Pensionen ihrer **eigenen** Parteifreunde herangingе. Das wird aber in diesen Parteien noch manchen Sturm geben.

26. Bundestag des Gaststättengewerbes

Eingeleitet von einem Vortrag des Bremer Männerchors wurde gestern unter reger Anteilnahme von Mitgliedern aus dem ganzen Reich im Parkhaus der 26. Bundestag der Saal- und Konzertlokalinhaber Deutschlands eröffnet. Die Vorträge und Ansprachen fanden im Rahmen einer **außerordentlich scharfen Kritik** an der bisherigen Mißwirtschaft der letzten 12 Jahre statt.

Nach diesen Begrüßungsansprachen eröffnete der Präsident des Bundes, Stadtrat Hugo Kockel (Magdeburg), den 26. Bundestag mit einem Willkommensgruß an die Ehrengäste und Vertreter der bremischen Kammern, Innungen und Parteien. Der Bundestag falle, so betonte er, in eine schwere Zeit, um so mehr sei die starke Beteiligung anzuerkennen, die Gewähr dafür biete, daß trotz allem die guten Kräfte sich durchsetzen würden, wenn auch die Pump- und Ausgabenwirtschaft in Reich und Ländern die Schwierigkeiten ins Ungeheure gesteigert hätten. Das Volk zu einigen und nicht gegeneinander aufzuhetzen, fordere die Stunde. Der Bund fordere ein umfassendes Wirtschaftsprogramm, Abbau des Verwaltungsapparates, daß die Städte ihre Unternehmertätigkeit auf privatwirtschaftlichem Gebiete auf das erträgliche Maß herabdrosseln und Nachprüfung der Wirtschaftlichkeit dieser Betriebe, Abschaffung der Schwarzarbeit und Neuregelung des Tarifwesens, Beseitigung der betriebshemmenden Sonderbesteuerung des Gewerbes, Abbau oder Umbau der Hauszinssteuer, der Wohnungsämter und Zwangswirtschaft. Alle diese Sonderlasten hätten das Gastwirtsgewerbe an den Rand des Abgrunds gebracht, neue Belastungen seien nicht mehr tragbar.

Den Reigen der Ansprachen der Ehrengäste eröffnete Senator Allerheiligen. Sodann hieß der Präsident der Kleinhandelskammer Bremen, die Tagung willkommen und anschließend versicherte der Fraktionssprecher der Deutschnationalen Volkspartei in der bremischen Bürgerschaft dem Gewerbe die Unterstützung der Partei. Weiter sprachen Senator Stichnath seitens der Gewerbekammer, für die Gastwirtsfrauen Frau Irma (Berlin). Dann ging der Präsident des deutschen Gastwirtsgewerbes Köter M.d.R. auf den im schweren Winter kommenden Existenzkampf ein und begrüßte die Arbeitsgemeinschaft der beiden Bünde, die sich erfolgreich auswirken möge. Auch Präsident Buhrmeister vom Bunde der Cafehausbesitzer hieß die in der Delegiertenversammlung beschlossene Arbeitsgemeinschaft als eine Stärkung der Einheitsfront willkommen.

Die Tagung hörte dann ein Referat des wirtschaftsparteilichen Reichstagsabgeordneten Mollath über das Thema „Wege aus dem Chaos". Die Ausführungen fanden ihren Niederschlag in einer einstimmig angenommenen Entschließung, in der es u. a. heißt:

Der Bund bekennt sich zu allen Maßnahmen, die notwendig erscheinen, um das Wirtschaftsleben einer Wiedergesundung entgegen zu führen. Er verkennt nicht, daß tiefgehende Eingriffe und Härten dabei kaum zu vermeiden sind. Die Grenze solcher Maßnahmen, insbesondere steuerlicher Art, ist da gegeben, wo ein Mehr der Belastung zu einem Erliegen der Betriebe führen würde. Das ist auch, wie von behördlicher Seite zugegeben wird, beim Gaststättengewerbe ganz überwiegend bereits heute der Fall. Die Belastung mit Steuern aller Art und Verwaltungsgebühren hat an vielen Orten zu völligem Stillstand, Bankrott von Betrieben und Akten der Verzweiflung ihrer Inhaber geführt., wie der in jüngster Zeit erfolgte Freitod von vier Gaststätteninhabern in Kiel beweist. Die Besteuerung der Getränke hat eine unerträgliche Höhe erreicht und infolgedessen einen Rückgang des Konsums herbeigeführt, der auch vom Herrn Reichsfinanzminister beim Branntwein als Ueberspannung anerkannt ist. Die stark gesteigerten Vergnügungssteuern haben in allen Einzelstaaten des Reichs gegenüber dem Vorjahre Mindererträge gebracht. Vollkommen widersinnig erscheint die Belastung der Gaststätten durch die Hauszinssteuer, insbesondere der Saalgeschäfte und Konzertlokale, da Garten und Säle nur vorübergehend für kurze Zeit benutzt werden. Das gleiche gilt für die Industrieabgabe. Der Bund verlangt energischen Abbau der Betätigung der öffentlichen Hand. Er lenkt in diesem Zusammenhang die Aufmerksamkeit der Regierung auf die zahlreichen, verfehlten, teilweise bankrotten, stets mit starken Verlusten verbundenen gastgewerblichen Unternehmungen der Kommunen. Den Bemühungen der Reichsregierung, in den Zeiten schwerster Krisis die überflüssigen Auslandsreisen, soweit nicht Geschäftszwecke vorliegen, zu unterbinden, stimmt der Bund vollkommen zu und erwartet, daß alle Kreise des deutschen Volkes in dieser Hinsicht ihre nationale Pflicht erfüllen, wie auch in der Ablehnung des Bezuges ausländischer Waren. — Von seinen Mitgliedern erwartet der Bund, daß sie seinen wiederholten Mahnungen auf Fernhaltung der Auslandskapellen restlos Folge leisten.

Eröffnung der Winterspielzeit im Stadttheater.

Die Eröffnung der Winterspielzeit im Stadttheater findet für das Schauspiel am Freitag, den 28. August mit der Erstaufführung von Goethes „Faust" in der ursprünglichen Fassung von 1775 statt. Die Oper eröffnet mit „Lohengrin" am Sonntag, den 30. August. Aus dem dramaturgischen Büro wird uns hierzu geschrieben:

„Der Anfang eines neuen Spieljahres bedarf keiner großen Worte, er soll durch sich selber sprechen. Es ist für eine öffentliche Bühne unklug und gefährlich, sich auf ein reklametüchtiges Programm festzulegen. Unsere Arbeit wird von dem Bekenntnis geleitet, daß deutsche Kunstausübung gerade heute die Pflicht und das Bedürfnis hat, sich auf die besten deutschen Werte zu besinnen und nicht ohne diese Grundlage Ausschau in die Welt zu halten.

Wir wollen in schweren Tagen dem — oft bitter notwendigen — Abbau wirklicher und scheinbarer Werte in unserer Zeit einen Aufbau der Leistungen entgegensetzen, — und wir hoffen und bitten, daß sein Echo kein Abbau der Gefolgschaft, der Zustimmung und des Dankes sei.

Die Wahl des „Urfaust" zur Eröffnung am 28. August (dem Geburtstage Goethes) wurde nicht durch literarische Erwägungen bestimmt. Der Urfaust ist vielmehr — gegenüber dem 33 Jahre später vollendeten Faust 1 — ein selbständiges Werk von unerhörter Wucht und Ursprünglichkeit. Er ist (neben dem späten Nachkömmling, den „Räubern" Schillers) das bedeutendste Zeugnis des Sturm und Drangs. Alles in ihm ist jung und naturhaft gesehen, Faust selbst braucht keine Verjüngung, er ist glühend wie sein fünfundzwanzigjähriger Schöpfer, ein Kind des achtzehnten Jahrhunderts, ein zweiter Werther und zugleich fast ein Karl Moor. Mephisto ist kein dämonischer Satan, sondern ein skrupelloser, ewig krittelnder, alles echte Gefühl sezierender Kavalier der Geniezeit. Es weht eine ganz andere, um eine Generation jüngere Luft durch den Urfaust gegenüber dem vollendeten Werk.

Die Inszenierung des Stadttheaters schließt sich dem (fast schon zur Tradition gewordenen) Brauche an, den Urfaust im Kostüm seiner Entstehungszeit zu spielen. Sie sucht in der Vereinfachung des Dekorativen auf Wort und Geste der Gestalten und auf das unmittelbar-ewig Menschliche der Dichtung hinzulenken."

Mit der Inszenierung des „Urfaust" wird sich der neuverpflichtete Oberregisseur Dr. Walter Falk einführen, die neuen Bühnenbilder sind von Theodor Schlonski. Die Hauptrollen werden von Otto Wenke (Faust), Maria Rilz (Margarete), Walter Grüntzig (Mephisto), Josefa Flora (Marthe Schwerdtlein) dargestellt, ferner sind beschäftig: die Damen Liebig, Starkowski und die Herren: Gerlach, Kastner, Litsch, Mühling, Orlemann, Parge, Schmidt, Thomas.

Der Kreis Aurich zahlungsunfähig?

Aurich, 27. August. Wie die „Auricher Zeitung" meldet, laufen in der Stadt Gerüchte um, nach denen der Kreis Aurich seine Zahlungsunfähigkeit bekanntgegeben habe. Den Beamten sei mitgeteilt worden, daß sie am 1. September kaum auf die Auszahlung des Gehalts rechnen können. Wie die Zeitung dazu auf Anfrage beim Landratsamt erfährt, sei der Kreis durch die Notverordnung verhindert, das laufende Konto bei der Kreissparkasse auf der Sollseite über den bewilligten Kredit von 150 000 M. hinaus in Anspruch zu nehmen. Der Kreis habe dem Regierungspräsidenten Bericht erstattet, daß jetzt dem Kreis keine Mittel mehr zur Verfügung stehen und daß der Kreis dringend um Ueberweisungen aus Berlin bitte, da er sonst die Gehälter der Beamten am 1. September nicht auszahlen könne. Der Antrag soll bereits am 4. Juli eingereicht sein, doch sind die Ueberweisungen aus Berlin noch nicht eingegangen. Es soll versucht werden, von privater Seite die Mittel zur Gehaltsauszahlung anzuleihen.

RUNDFUNK-PROGRAMM

Donnerstag, 27. August

15,05 Börsendienst — 15,30 Nachrichten — 15,40 Schiffahrtsfunk — 16.00 Volkslieder-Duette — 17.00 Vortrag — 17.25 Eine Plauderei — 17.50 Buntes Programm — 18.30 Hörbilder — 19.25 Wetter — 19.30 Feuerwerk und Konzert an der Alster — 22.00 Nachrichtendienst — 22.20 Aktuelles — 22.30 Konzert im Restaurant Ostermann.

Freitag, 28. August

5,45 Zeitangabe — 6,45 Wetterdienst — 7,10 Morgenkonzert, anschl. Neuzeitliches Einmachen von Gemüse — 12,10 Wetterdienst — 12,20 Börsenfunk — 13,20 Mittagskonzert des hann. Norag-Orchesters — 12,55 Nauener Zeitzeichen — 13,15 Schallplattenkonzert. — 15,00 Wetterdienst 15,05 Börsenfunk — 15,30 Nachrichten — 15,40 Schiffahrt. 16,00 Konzert der Dresdner Philharmonie im Kurpark Bad Pyrmont — 17,40 Das bunte Programm — 18,35 Dienst am Krankenbett in einem großen Krankenhaus — 18,55 Zwei Dichter sprechen zur Zeitlage — 19,25 Wetterdienst — 19,30 Der heitere Goethe — 20,00 Opernabend — 22,00 Nachrichtendienst — 22,20 Aktueller Dienst — 22,30 Konzert.

Herausgeber Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hanskarl von Scharf; für den Anzeigenteil C. A. Güldner; sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Druck: Kempe & Co. Druckereigesellschaft m. b. H. Bremen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Familien-Anzeigen

Geborene:

Bernhard Schmidt und Frau Klara geb. Köthe (Mädchen)

Verlobte:

Lissy Colby und Wilhelm Tüfte — Meta Ahrens und Diedrich Knust — Sophie Brau und Alfred Genent — Alma Jacobs und Blessie Nutz.

Verstorbene:

Rosine Janssen geb. Bodenstein im 74. L. — Hannelore Liepermann im 1. L. Georg Habenicht im 75. L. — Heinr. Talla im 55. L. — Wilhelm Fischer im 64. L. — Minna Davin geb. Hartmann im 66. L. — Johanne Wiechmann geb. Voigt im 71. L.

STADTTHEATER

Heute

Donnerstag 20 Uhr:

Viktoria und ihr Husar

Schluß der Sommer-Operette-Spielzeit.

Eröffnung der Winter-Spielzeit 1931/32
Freitag, den 28. August, 20 Uhr
1. Abonnements-Vorstellung
Zu Goethes Geburtstag:

Faust

In der ursprünglichen Fassung
Sonnabend 19.30 Uhr (2. Abonn.-Vorst.)

Die Fledermaus

Mit großen Tanzeinlagen!

Sonntag 19 Uhr (3. Abonn.-Vorst.)

Lohengrin

Die Abonnenten werden gebeten, die bestellten Abonnements im Abonnementsbüro abzuholen.
Ausgabe von 9-13 u. 16-19 Uhr

Der Herrenfriseur
Marktstraße 20 u. Petristr.
H. Kobbenbrink
Arbeitslose Pg. geg. Ausw. halbe Preise

Schauspielhaus

Heute Donnerstag, 8, Ende 10.30:
1. Sonder-Abonn. „Donnerstag"

„Ein künstlerischer und gesellschaftlicher Auftakt im Schauspielhause"
Br. Nachr.

Das Urbild des Tartüff
Lustspiel von Carl Gutzkow.

„Die Besucherschaft war mit dem glänzend verlaufenen Abend sehr zufrieden."
Volksztg.

Freitag:
Gemeinschaftstheater Serie G

„Eine begeisterte Aufnahme und Beifallsstürme an den Aktschlüssen"
Weser-Ztg.

Der Raub der Sabinerinnen
Schwank von Franz von Schönthan

Sonnabend: Letzte Abendvorstellung zu kleinen Preisen

Duett im Grünen
Operette von Martin Knopf
Berny Clairmont . . Otto Scheidt

Sonntag, nachm. 4 Uhr:

Duett im Grünen

Sonntag 8 Uhr:

Der Raub der Sabinerinnen

Abonnieren Sie im Schauspielhause Es bringt Ihnen in schwerer Zeit Anregung, Freude und Mut.

Das Abonnement ist beispiellos billig, es wird in kleinen Raten entrichtet und daher unbedingt erschwinglich.

Landbrot

Grau-, Weiß- und Schwarzbrote, Kuchen, Gebäck und Brötchen kaufen Sie vorteilhaft in der *Landbrot-Verkaufsstelle Bauernstraße 4*

III 3½ % Rückvergütung durch Rabattsparmarken

Bei Bestellungen denkt an
Blumen Görres
Landwehrstr. 141 Roland 1963

Gutschein!

Gültig für Kleine Anzeigen bis 6 Zeilen. Für diesen Gutschein erhalten Sie

eine Anzeige

unter Mieten u. Vermieten, Kaufges., Kaufangebote, Stellenmarkt etc. in der Größe von 6 Zeilen bei Zuzahlung von nur 50 Pfennig.

Gültig bis zum 31. Aug 1931.

Horst Wessels Vermächtnis!

Wessel - Lied auf Schallplatte mit SA-Gesang Dr. Goebbels Rede zur SA. *RM* 3.75

Wessel - Lied Klaviernote *RM* 1.50

Wessel-Lied Textpostkarte *RM* 0.10

Horst Wessel Originalphoto . . . . *RM* 0.30

Der Reingewinn fließt der SA.,- Gefangenen- und Verwundeten - Hilfe zu.

Preisliste kostenlos!

N. S. Wirtschaftsausschuß, Berlin S. W. 48
Hedemannstraße Nr. 10

Mietangebote

4 Zimmer Küche, Bad, Heizung, abgeschlossen per 1. 10. Doventorsteinweg 55

Unterricht

Schularbeitenbeaufsichtig. energische Nachhilfe durch Studenten Mässiges Honorar Offerte unter A 157 an die Exp. d. Blattes

Verschiedenes

Koffer und Offenbacher Lederwaren
Rudolf Tams
Osterthorstw. 90-90a

Elektrotechnik
Heinr. Emde
Goethestr. 27
Hansa 415 70

Internationaler
Meisterringer - Wettstreit
im **Grinzing-Garten** oder **Alkazar**
9,15 Uhr (Tivoli) 9,15 Uhr

Die heutigen Kämpfe

Nino Equatore-Italien gegen Peter Debie-Köln
Pawel Kisch-Polen gegen Heinrich Stange-Holstein
Hermann Schultz-Hamburg gegen Hans Kawan-Wien.

Entscheidungskampf:
Hans Schwarz jr., München — gegen — Peter Landau, Düsseldorf.

Beginn der Kämpfe 9.15 Uhr

Verlangen Sie in allen Gaststätten die

B N Z

5 Millionen

Arbeitslose erinnern Dich täglich an Deine Pflicht: Kaufe nicht im Konsum- und Warenhaus auch nicht im Einheitspreisgeschäft, denn diese Häuser sind die Vernichter des Mittelstandes und die Folge davon ist, daß weitere Anwachsen der Arbeitslosigkeit

Die B. N. Z. ist Dein Wegweiser für Einkäufe

Aus Bremen Stadt und Staat

SPD gleich Korruption

SPD.-Finanzminister a. D. und Bürgermeister verurteilt

Vor dem erweiterten Schöffengericht in Wesermünde-Lehe fand gestern ein Prozeß sein Ende, der wieder so typisch für das volksschädigende Treiben der verantwortungslosen Gesellen um Marx ist.

Seit 20 Jahren gehörte der jetzt hinausgeworfene Wohlfahrtsbürgermeister Petersson der SPD. an. Er brachte es daher auch zu hohen und höchsten Bonzenstellen. Im Jahre 1919 war er sogar Finanzminister in Mecklenburg. Wie sie es eben alle tun oder doch versuchen, die Beispiele hierfür aus Bremen, aus dem Reiche würden ganze Bibliotheken füllen, hat auch Genosse Petersson auf Grund seiner vorzüglichen „Beziehungen" eine ganze Reihe von Geschäftsleuten und Volksgenossen um Tausende betrogen und erleichtert. Nach siebenstündiger (!) Verhandlung mußte das Gericht folgendes Urteil verkünden:

„Der Angeklagte wird wegen fortgesetzten Betruges zu einer Gefängnisstrafe von 9 Monaten verurteilt. Mildernde Umstände können ihm nicht zugebilligt werden. Eine Bewährungsfrist kommt in Anbetracht des ungeheuren Schadens den der Angeklagte angerichtet hat, nicht in Frage."

Wir hoffen nur, daß bremische Gerichte, wenn ihre Zeit gekommen ist, in gleicher Weise rücksichtslos und gerecht mit dem hiesigen roten Zauber aufräumen werden.

Wahlen zur Arbeiterkammer

Der Bremische Senat erläßt folgende Bekanntmachung: Die Wahlen zur Arbeiterkammer vom 22. März 1931 sind von der Stahlhelmselbsthilfe und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wegen angeblich vorgekommener Gewaltakte vor den Wahllokalen angefochten. Die angestellten Ermittelungen haben ergeben, daß vor mehreren Wahllokalen solche Gewalttätigkeiten vorgekommen sind, die Wahlberechtigte von der Ausübung ihres Wahlrechts abgehalten haben können oder zeitweise die Erlangung eines Stimmzettels der anfechtenden Parteien unmöglich machten. Zur Aufklärung der Frage, ob dadurch das Wahlergebnis beeinflußt ist, wird angeordnet: Alle Personen, die zu der Wahl der Arbeiterkammer am 22. März 1931 stimmberechtigt waren, und sich Wahlberechtigungsscheine beschafft hatten, aber ihr Stimmrecht bei der Wahl infolge der Gewalttätigkeiten nicht ausgeübt haben, werden aufgefordert, sich in der Zeit vom 2. bis 4. September 1931 zwischen 7 Uhr morgens und 7 Uhr abends auf dem Büro des Statistischen Landesamts, Herdentorsteinweg Nr. 37, Zimmer Nr. 40, zu melden und ihren Wahlberechtigungsschein, oder falls sie denselben nicht mehr besitzen, eine Bescheinigung ihres damaligen Arbeitgebers darüber vorzulegen, daß sie zu der Wahl einen Berechtigungsschein erhalten hatten.

Sparguthaben der Werksparkasse der Kammgarnspinnerei Delmenhorst gesichert

Zu der nationalsozialistischen Anfrage bei der Reichsregierung über die Pensionsversicherung und die Werksparkasse der Nordwolle wird bekannt, daß die von den Arbeitern der Kammgarnspinnerei Delmenhorst bei der Werksparkasse eingezahlten Gelder vom Konkursverwalter freigegeben worden sind. Ebenso sind auch die bei dem Konsumverein eingezahlten Spargelder sichergestellt. Diese Bestimmung bezieht sich allerdings nur auf Spargelder, die bei der Werksparkasse der Kammgarnspinnerei bezw. beim Konsum eingezahlt sind, sie bezieht sich nicht auf die Spargelder, die von den Beamten und Angestellten bei der Nordwolle in Bremen eingezahlt sind. Inwieweit diese Summen zur Konkursmasse gehören und dann wahrscheinlich zum großen Teil verloren sind, muß noch geklärt werden.

Amtswalter herhören!

Freitag, den 28. August 1931, abends 20,30 Uhr

Gesamt-Sitzung

im „Hohenzollern", Ostertorstraße

Einlaß nur gegen Ausweis.

Doch Stillegung der Fluglinie Hannover—Bremen. Zu der von uns gebrachten Meldung über die Stillegung des Flugverkehrs von der freien Hansestadt Bremen aus erfahren wir noch, daß die bisher bestandene vom Bremischen Staate subventionierte Linie Bremen—Hannover—Halle—Chemnitz—Prag, die in den Monaten September, Oktober, April und März eine besondere Unterstützung erhielt, aus Sparsamkeitsgründen vom Bremischen Senat gekündigt werden mußte, so daß diese bisher bestandene einzige fahrplanmäßige Flugverbindung mit anderen Linien nunmehr in Fortfall kommt. Nicht betroffen von dieser Maßnahme wird der Flughafen an sich, der in Betrieb bleibt. Auch der neueingeführte Taxiverkehr, der inzwischen an Bedeutung erheblich gewonnen hat, wird davon nicht berührt. Die Taxi-Flugzeuge, die unter Führung des Piloten Edzard weiter im Dienst sind, können also nach wie vor in Bremen starten und landen. Ebenfalls nicht berührt von dieser Stillegungsmaßnahme wird der Flugdienst mit den Schnelldampfern des Norddeutschen Lloyd, auf Grund dessen bekanntlich auf Anforderung Flugzeuge zu den Ankunftszeiten der Dampfer die Passagiere sofort in das Innere des Landes befördern.

Ein Heiratsschwindler festgenommen. Festgenommen wurde ein schwer vorbestrafter 45jähriger Kaufmann von hier wegen dringenden Verdachts der Unterschlagung und des Heiratsschwindels in mehreren Fällen. Er machte sich an junge Mädchen heran und verstand es, von ihnen unter Heiratsversprechen Geldbeträge zu erschwindeln. — Festgenommen wurde ferner ein 40jähriger arbeitsloser Melker von hier, der mittels Einbruchs aus einem Hause am Reedeich Wäsche und 56 M. Bargeld entwendete. Der Täter ist durch Fingerabdrücke, die am Tatort vorgefunden wurden, überführt.

Keine Auswanderung nach Argentinien. Die O.Gr. Buenos Aires teilt uns mit: Nationalsozialisten, die sich nach Argentinien begeben, melden sich dort sofort bei der Ortsgruppe Buenos Aires; besuchende Pg., besonders von Bord deutscher Schiffe, immer gern gesehen. Schriftlich nur an: Casilla de Correo 882, Buenos Aires. Versammlungen: Jeden Montag ab 21 Uhr im Hotelrestaurant Munich, Calle Lima 1583 (an der Plaza Constitution), Fernruf der Geschäftsstelle: U.T. Belgrano 4455. Zweiggruppen und Stützpunkte im Inneren des Landes Auskünfte über wirtschaftliche Möglichkeiten hier werden nach Deutschland nicht gegeben, da nur dringend vor jeder Auswanderung nach hier gewarnt werden kann. Nationalsozialistische Vereinigung (Hitlerbewegung Argentinien), Landesstelle.

Polizeibericht. Einem Schlachter in der Vegesackerstraße wurden in der Nacht zum 24. August drei Rollschinken gestohlen. Die Diebe haben die Rollschinken durch das nicht geschlossene Balancefenster der Haustür geholt. In der Nacht zum 25. August wurde die Spiegelscheibe eines Geschäfts in der Nordstraße zertrümmert. Entwendet sind ein beigefarbener Gabardinemantel mit modefarbenem Kunstseidenfutter, Form Slipon, ein hellbraun karierter Cheviotmantel mit Rückengurt, kleine Größe, ein hellbrauner, blau und grünkarierter Gummimantel mit Rückengurt, kleine Größe, sowie mehrere Jacketts und eine Hose. In der Nacht auf Montag wurde eine Bäckerfiliale in der Humboldtstraße von Einbrechern heimgesucht. Den Tätern sind eine große Anzahl Tafeln Schokolade in die Hände gefallen. Der Versuch, die Ladenkasse zu öffnen, ist ihnen jedoch nicht gelungen. Aus einem Vereinsheim nahe der Staderstraße sind in den letzten Nächten ein Wirtschaftstisch, eine Spirituslampe aus Messing und andere Küchengeräte entwendet worden. Mitteilung Polizeihaus, Zimmer 352. — 5 Fahrräder sind heute als gestohlen gemeldet worden.

Unfälle. Ein auswärtiger Lieferwagen fuhr auf der Weide gegen einen Verkehrspoller. Eine im Wagen mitfahrende Ehefrau fiel dabei aus dem Wagen und zog sich Verletzungen im Gesicht zu. Die Verletzte mußte dem Großen Krankenhaus zugeführt werden. Von seinem eigenen Wagen überfahren wurde auf dem Weserbahnhof der Führer eines Elektrokarrens. Mit Quetschungen am rechten Unterschenkel kam er zum Großen Krankenhaus.

Konkurs. Ueber das Vermögen der Firma Egela Einheitspreis Genuß- und Lebensmittel Glosemeyer sen. u. Co., Kommanditgesellschaft in Bremen, ist Mittwoch vormittag 11,40 Uhr der Konkurs eröffnet und der Rechtsanwalt Dr. Cramer, Bremen, Sögestraße 62-64, ist zum Verwalter ernannt worden. Die Gläubigerversammlung findet am 22. September, vorm. 10,15 Uhr, und die Prüfung der angemeldeten Forderungen am 1. Dezember, vorm. 9,15 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgericht, Gerichtshaus, Zimmer 84, statt.

Internationaler Meisterringer-Wettstreit im Tivoli

Der gestrige (11.) Abend, der ein ausverkauftes Haus zeigte, brachte in den ersten drei Kämpfen einen erstklassigen Sport. Der technisch vollkommen einwandfreie erste Kampf zwischen Landau und Leskinowic endete unentschieden. Im nächsten Kampf standen sich Möbus und Omeltschenko als gleiche, äußerst gewandte, bis ins kleinste fair ringende Gegner gegenüber. Doch nach 15,20 Min. gelang es dem Ukrainer Omeltschenko durch Abfangen einer Pirouette seinen Gegner auf die Schultern zu zwingen. Im dritten Kampf zeigten die beiden Partner mit Recht gesagt Leistungen höchster Klasse. Grüneisen, der Schweizer, und Equatore, der Italiener, mußten noch 25 Min. den Kampf unentschieden abbrechen. Im 4., im Entscheidungskampf zwischen Schwarz jun. und Debie, stieg die Spannung aufs höchste. Während Schwarz jun. in jedem hier gelieferten Kampfe sich von Anfang an die Sympathien der Zuschauermenge durch seine faire und technisch vollendete Kampfesweise erwarb, mußte der Gegner Debie für seine brutale und unerlaubte Ringart unzählige Pfuirufe und Wutausbrüche des Publikums hinnehmen. Mit Mühe und Not erteilte das „unparteiische" Schiedsgericht zwei Verwarnungen. Es wäre zu wünschen, daß der Schiedsrichter sein Amt etwas ernster nimmt und deutlich erkennbare Verfehlungen, wie sie Debie in der Gewohnheit hat, rechtzeitig rügt. Wir empfehlen, Debie sowie Kisch vor einem Kampfe besonders darauf aufmerksam zu machen, daß bei Wiederholung brutaler Ringweise das Publikum Ausschluß des Betreffenden verlangt. Der Kampf endete mit einem Siege des jugendlichen Meisters Hans Schwarz jun., München, der Debie durch doppelten Armzug aus der Brücke in 54 Min. auf beide Schultern brachte. Nicht endenwollender Beifall wurde Schwarz zuteil, während Debie ausgepfiffen wurde. (Heutiger Kampf siehe Anzeige.)

-g-

„Michael"

Ein deutsches Schicksal in Tagebuchblättern

von Dr. Josef Goebbels

Wir tauschen Erinnerungen aus der frühesten Jugend aus. Vor mir liegt Dorf, Garten und Vaterhaus. Durch ein offenes Fenster höre ich, wie die Mutter in der Küche herumhantiert.

Mutter!

Man braucht nichts zu haben, nur eine Mutter.

Eine Mutter, die ihren Kindern nicht alles: Freund, Lehrer, Vertraute, Quell der Freude und des gefestigten Stolzes, Ansporn, Dämpfer, Ankläger, Versöhner, Richter und Vergeber ist, die Mutter hat offenbar ihren Beruf verfehlt.

Meine Mutter ist eine göttliche Verschwenderin: in allem, vom Gelde angefangen bis zu den lauteren Gütigkeiten des Herzens.

Sie gibt, was sie hat, und oft darüber hinaus.

Nur eine Mutter hat den rechten Instinkt für ihre Kinder.

17. Mai.

Ich habe lange darüber nachgedacht, was es denn ist, das mich das Leben so unbedacht und in vollen Zügen trinken läßt.

Ich stehe mit beiden Füßen auf der harten Heimaterde. Um mich ist Schollengeruch. Bauernblut steigt langsam und gesund hoch in mir.

Richard nennt mich einen Daseinsmenschen.

Ich gehe allein durch die schmalen Gänge zum Schloßberg hinauf und atme den warmen Duft einer blütenträchtigen Maiennacht.

Mit der Sonne stehe ich auf, und mit den Sternen gehe ich zur Ruhe. Ich schlafe vier Stunden und bin frisch und erquickt.

18. Mai.

Um die Mittagszeit sitze ich auf dem stillen, alten Friedhof. Vor mir sprüht ein Brunnen seinen feinen Regen in die heiße Luft. Kastanien wölben breit ein Dach über meinen Platz. Um die grünbesponnenen Grabsteine rankt sich bescheiden der Efeu.

Amselsingen! Sonst stört nichts die Ruhe der Toten. Eine Biene summt.

Ich lese Nitzsches Mittagsandacht aus dem Zarathustra.

Still . . . Still . . .

Alles geht auf im All. Pan! — —

20. Mai.

In den Hörsälen der Hochschule wird viel geschrieben, mehr noch geredet und, scheint mir, herzlich wenig gelernt. Eine gewisse Sorte von Wissensbeflissenen trifft man da immer. Bleiches Gesicht, Intelligenzbrille, Füllfederhalter und eine dicke Mappe voll von Büchern und Kollegheften; — das ist alles.

Die künftigen Führer der Nation!

Und Frauen, ach, du lieber Himmel! Darunter sind die Blaustrümpfe noch die erträglichsten.

Ich suche den Lehrer, der einfach genug ist, um groß zu sein und groß genug, um einfach zu sein.

Die Spezialwissenschaft züchtet Hochmut und Fachsimpelei. Der gesunde Menschenverstand geht dabei meist vor die Hunde.

Der Intellekt ist eine Gefahr für die Bildung des Charakters.

Wir sind nicht auf Erden, um uns den Schädel mit Wissen vollzupfropfen. Das ist ja alles so nebensächlich, wenn es ohne Beziehung zum Leben bleibt. Wir müssen unser Schicksal erfüllen. Kerle erziehen, das sollte Aufgabe der hohen Schulen sein.

Wir können doch nur das aus uns machen, was Gott in uns hineingelegt hat.

Darum ist Goethe der Größte, weil er aus dem deutschen Bewußtsein heraus über die Grenzen hinausstieg. Aber es wäre falsch, ihm darin gleichkommen zu wollen. Die ganze vielgepredigte Nachfolge Goethes ist Unsinn, Phantasterei, leerer, überbildeter Köpfe.

So ist das Leben: wenn Herr Meyer den Faust auswendig kann, so ist das vorerst nur ein Beweis für sein gutes Gedächtnis. Warum gibt er sich nicht an die Logarithmentafel!

22. Mai.

Der alte Geheimrat erzählt von der Heimat der Urgermanen. Ich komme selten in sein Kolleg. Aber wie oft hörte ich es schon von ihm, daß unsere Vorfahren an der unteren Donau und an der Küste des Schwarzen Meeres gesessen haben. Gerade auf dem Platz vor mir sitzt eine junge Studentin: eine herrliche Frau! Blondbraunes Haar, weich wie Seide, das in schwerem Knoten auf diesem wunderbaren Nacken liegt. Der ist wie aus weißgelbem Marmor gehauen. Sie schaut verträumt zum Fenster hinaus, durch das sich leise, fast schüchtern ein spielender Sonnenstrahl stiehlt; ich sehe ein feines Profil: eine klargewölbte Stirne, darum ein paar verirrte Haarkringel, eine lange, scharfe, etwas breite Nase und darunter ein weicher, ungemein schwärmerischer Mund.

Mitten in meiner Betrachtung dreht sie sich plötzlich zu mir herum, und ich schaue in zwei große, graugrüne Rätsel. Jetzt sitzt sie plötzlich still und sittsam, hört, wie es scheint, mit Interesse auf die müden Worte des alten Geheimrats und tut so, als schreibe sie eifrig mit. Durchs Fenster kommt jetzt der vorwitzige Sonnenstrahl hereingehüpft, zittert über die vollbesetzten Bänke und bleibt schließlich in ihrem blondbraunen Haar hängen.

Das leuchtet auf wie weiche, goldene Seide, wenn man sie bei Licht durch die Finger gleiten läßt.

Es ist Abend. Ich stehe am Fenster, Richard sitzt daneben in meinem großen Sessel und doziert. Er spricht vom Marxismus. Wie rationalistisch das doch alles ist. Der Marxismus ist eine neue Geld- und Magenlehre. Er nimmt als gegeben an, daß der lebendige Mensch eine Maschine sei. Darum ist er falsch, daseinsfremd und erdacht, nicht gewachsen. Logisch in der Theorie, aber unlogisch in der Praxis.

Wie wenig wird doch durch ihn gelöst! Geist der Breite und nicht der Tiefe. Und was hat er mit unserer Qual zu tun?

Lenke ich das Gespräch auf die Frauen? Auch darüber redet Richard wie immer, klug und gründlich.

Das Weib ist da. Der Mann ist wach.

Der Mann ist der Intendant, die Frau der Regisseur des Lebens.

Jener gibt Linie, diese Farbe.

Warum halte ich heute mit den Gedanken nicht Schritt? Ich schwimme in einem Meer unbestimmbarer Wünsche und Sehnsüchte.

(Forts. folgt)

Zusammenbruch der Zentrumspolitik

„Stellung des Zentrums gegenüber den Nationalsozialisten grenzt an Wahnsinn"

(Schluß.)

Ich will auch gleich den Hauptgrund nennen, warum sie so schmählich versagte.

Diese Gouvernante hat seit Jahrzehnten die fixe Idee, einen alten Schlingel, einen Burschen mit fuchsroten Haaren — Max — nein — Marx soll er, glaube ich, heißen — zu „erziehen".

Man kann auch nicht leugnen, daß sie alles mögliche und — man möchte sagen — alles unmögliche versucht hat, um ihre fixe Idee zu verwirklichen.

Denken wir nur an die geradezu heroische Lammesgeduld, an die unglaubliche Selbstverleugnung und an die — unbegreifliche Liebe, mit der sie an diesem Erziehungswerk gearbeitet hat. Denken wir an all die guten Worte, die heilsamen Ermahnungen, die flehentlichen Bitten und Beschwörungen. Vergessen wir nicht, daß es auch — mit Strenge versucht worden ist. Man hat getadelt, geschimpft, gescholten und gedroht — und es ist, wie Ihnen wohl bekannt sein dürfte, sogar dazu gekommen, daß Max bezw. Marx einmal — eine Stunde vor der Tür stehen mußte.

Doch jetzt: Scherz beiseite! Die Sache ist zu ernst! Wenn ich hier die satirische Form wählte, so geschah dies aus guten Gründen.

Wir wollen nun ruhig und nüchtern das „Erziehungswerk" des Zentrums am Sozialismus betrachten.

Wie oft konnte man aus Zentrumsmund hören, man müsse die Sozialdemokratie „erziehen". Wie oft konnte man es in der Zentrumspresse lesen!

Heute rufe ich aus: Heraus mit den Früchten eurer Erziehung!

Schade, daß ich mich im Rahmen dieser Rede sehr beschränken muß. Aber die schönste Frucht eurer famosen Erziehung will ich euch zeigen, den größten Erfolg derselben will ich euch nennen:

Ihr habt den Sozialismus erzogen zum Verständnis für eine rentable Heuchelei. Ihr habt ihn erzogen zum **genialen Heuchler!**

Doch siehe! Man will mit einer schweren Keule auf mich eindringen, um mich mit einem Schlage in den Boden zu schmettern! Man ruft: Das **Konkordat!** Das Konkordat! Haben wir nicht mit Hilfe der Sozialdemokratie das Konkordat zustande gebracht? Hat unsere Erziehungspolitik keine Erfolge gehabt? Hat nicht die Sozialdemokratie das Konkordat unterzeichnet und nicht einmal mit roter, sondern — mit schwarzer Tinte?

Gemach, meine Herren, gemach! Lasset die Keule nur sinken! Ja, vor einiger Zeit hat das Zentrum mit Hilfe der Sozialdemokratie das Konkordat zustande gebracht.

Und — vor einigen Tagen, am 1. Mai, hat die Sozialdemokratie — nicht etwa in Buxtehude oder in Trippstrill — nein, in Frankfurt a. M., der alten Kaiserstadt, bei ihrer Maifeier in der großen Festhalle die Kirche, der sie das Konkordat geschenkt hat, auf das niederträchtigste angegriffen, verspottet und verhöhnt. Da hat die Sozialdemokratie im Sprechchor gebrüllt: **„Tod den Pfaffen!"** — Was war das?

Als hier in Karlsruhe am 1. Mai ein kaum der Schule entwachsenes rotes Mädchen ihren Altersgenossinnen ein Plakat vorantrug: Kampf dem Paragraphen 218, da meinte der „Badische Beobachter", das sei eine **„Geschmacklosigkeit"** gewesen!

War das in Frankfurt eine **„Geschmacklosigkeit?"**

Oder — war es eine **„Entgleisung?"**

Ein anderes badisches Zentrumsblatt hat auf diese Frage am 13. Mai die Antwort gegeben: „Man wende in der sozialdemokratischen Presse nicht ein: es handle sich hier um eine Entgleisung. Eine solche Feier, von der gesamten (sozialistischen!) Vereinigung in Frankfurt a. M. aufgeführt, vorbereitet und durchgearbeitet, war wohl überlegt. Die Leiter konnten sich bei den Proben schon über die Tendenz der ganzen Sache sehr wohl Rechenschaft abgeben. Es war keine Entgleisung, sondern eine Demaskierung des wahren Gesichts der Sozialdemokratie. Man glaubt anscheinend, jetzt wieder die Maske fallen lassen zu können."

Keine „Entgleisung", sondern **„Demaskierung!"**

Ich habe dieser Quittung, die ein badisches Zentrumsblatt der „Erziehungspolitik" des Zentrums hier ausstellt, nichts hinzuzufügen. Ich frage aber heute:

Zentrum, wie lange willst du noch mit der Sozialdemokratie an einem Tische sitzen? Wie haben dir die von ihr servierten, appetitanregenden Vorspeisen so gut gemundet! Wie entzückt warst du über den delikaten Festtagsbraten — das Konkordat! Zentrum — hebe deine Nase mal näher hin und rieche — ob er nicht ganz verteufelt nach einer „Henkersmahlzeit" duftet?

Vielleicht gibt es — im nächsten Gang schon: „Frankfurter Würstchen" — „Tod den Pfaffen!"

Das Zentrum hat den Marxismus „erzogen" zum genialen Heuchler, der in Berlin das Konkordat unterzeichnet und in Frankfurt im Sprechchor brüllt: „Tod den Pfaffen!"

Wehe, wenn die **große Demaskierung** erfolgt, während das Zentrum noch sorglos am Tische sitzt und mit Behagen die servierten Gerichte genießt.

Wehe, wenn es nicht erzgepanzert, kampfgerüstet auf dem Schlachtfeld steht, bereit, jeden Augenblick den Feind zu empfangen!

Konkordat! Was bedeutet denn heute ein „Konkordat?" Heute, in einem Zeitalter, das das Wort geprägt hat von einem „Fetzen Papier?"

Konkordat! Vor wenigen Tagen meldete der „Badische Beobachter", der neue spanische Außenminister und Freimaurerhäuptling Lerroux — einer der wütendsten Kirchenfeinde in der revolutionären Regierung — habe in Genf erklärt, „Spanien werde nicht die Trennung von Staat und Kirche durchführen, sondern das Konkordat beibehalten".

Ich brauche zu dieser infamen Heuchelei wohl nichts zu bemerken. Sie wird von hundert brennenden Gotteshäusern zur Genüge beleuchtet.

Sie sehen — man kann Konkordate bestehen lassen und — dennoch Kirchen verbrennen. Man wird vielleicht auch noch Konkordate — schließen und — dennoch Kirchen verbrennen können.

Als vor 20 Jahren der „Herrer-Rummel" in Spanien tobte, klagte ein großes badisches Zentrumsblatt über eine Broschüre, „die in sozialdemokratischen Kreisen weit verbreitet wird", und in welcher zu lesen war: **„Allerdings** gingen ein paar Dutzend Kirchen und Klöster in Flammen auf und dienten so, als ihr Feuer den Nachthimmel von Barcelona erhellte, zur Beleuchtung, statt zur Verfinsterung der Massen ..... **es ist eine hundertfach größere Kulturarbeit, eine Kirche niederzubrennen, als eine Kirche aufzubauen."**

Das Zentrumsblatt meinte, man solle sich „diese Stelle wohl merken".

Ich habe es befolgt. Ich habe mir diese Stelle wohl gemerkt. Ich habe schon damals meine Mappen gut gefüllt.

Ich habe aber das Empfinden, daß es gut gewesen wäre, wenn die — welche die Mahnung gaben — sie selbst besser befolgt hätten!

Deutscher Katholizismus! Wenn morgen oder übermorgen bolschewistische Banden gegen deine Gotteshäuser mit der Brandfackel anstürmen — was willst du tun?

Willst du an jeder Kirchentür eine Abschrift des Konkordats anschlagen lassen?

Willst du dich hilfeschreiend an die Unterzeichner des Konkordats wenden?

Siehe, dann werden die Sozialdemokraten von 1910 spöttisch die Achsel zucken und höhnisch erwidern: „Es ist eine hundertfach größere Kulturarbeit, eine Kirche niederzubrennen, als eine Kirche aufzubauen!" Und — hinter ihnen stehen die — von dem Zentrum „erzogenen" Marxisten von 1931 und fallen tausendstimmig in den Sprechchor ein: „Tod den Pfaffen!"

Deutscher Katholizismus! Mache einen Strich unter die „Erziehungspolitik" deines Zentrums.

Schreibe darunter: Bankrott! Kläglicher, erbärmlicher, verhängnisvoller Bankrott!

Ich schließe das erste Kapitel mit dem Rufe: Deutscher Katholizismus erwache!

———

Vor neuen Freiheitskämpfen der Araber

Abd el Krim wieder in Marokko.

Von Dr. Fritz Hamerling

Bisher unwidersprochene Meldungen aus Madrid besagen, daß Abd el Krim, der in der ganzen Welt als unerschrockener Freiheitskämpfer bekannte Führer der Rifkabylen, von der Insel Indian Reunion, auf der er interniert war, entflohen ist und in Marokko einen neuen Aufstand gegen Spanien und Franzosen vorbereitet. Vor gerade fünf Jahren, am 27. August 1926 schiffte sich Abd el Krim mit seinen 4 Frauen und einem Gefolge von 24 Personen nach der östlich von Madagaskar gelegenen Insel Reunion, seinem Exil, ein und ist nun also glücklich dieser Verbannungsstätte entronnen.

Noch immer zündet der Name des tapferen Rifkabylenhäuptlings in Marokko. Rätsel und Geheimnisse verschleiern manches aus dem abenteuerlichen Leben dieser geborenen Führerpersönlichkeit. Er soll im Jahre 1885 als Sohn eines Kadi in Ajder, einem kleinen Dorf an der Alhucemas-Bucht, zur Welt gekommen sein, und hat dort auch bis zum Herbst des Jahres 1925 sein Hauptquartier gehabt. Ob er, wie behauptet worden ist,, bis zum Tage seiner Verbannung nie über die Grenzen Marokkos hinausgekommen oder, was wahrscheinlicher klingt, auf einer spanischen Militärakademie erzogen worden ist und dann in Paris, Antwerpen und München die politischen Verhältnisse in Europa studiert hat, weiß man noch immer nicht, wohl aber, daß er im Jahre 1909 in Melik als Kadi fungierte und später als Redakteur des arabischen Teils der „Telegramme de Rif" eine heftige Pressefehde gegen die spanische Regierung entfesselte. Während des Weltkrieges soll er deutsche Unterseeboote mit geschmuggeltem Benzin versorgt haben und dafür auf eine Beschwerde der französischen Regierung von den Spaniern in Nostrogordo verhaftet und erst nach dem Friedensschluß aus der Haft entlassen worden sein. Auch während der von ihm geleiteten Kabylenaufstände hat Abd el Krim gern mit Deutschen zusammengearbeitet. Erinnert sei hier an den deutschen Fremdenlegionär Kemp, der an Frankreich ausgeliefert werden mußte, weil er angeblich die bescheidene Artillerie der Rifkabylen verbesserte und heimlich Flugblätter, die zum Ueberlaufen aufforderten, an französische und spanische Truppen verteilte, sowie an einen gewissen Ohm, der ebenfalls ein geflohener deutscher Fremdenlegionär war. Um das Schicksal dieser beiden Deutschen, die sich selbstlos in die Front arabischer Freiheitskämpfer stellten, hat sich bisher keine deutsche Regierung bekümmert. Wer weiß, wo heute ihre Knochen bleichen.

Kommunistische Agenten überschwemmen heute ganz Marokko, besonders die spanische Zone, und finden bei den unruhigen Eingeborenenstämmen Gehör und Unterschlupf. Die spanische Besatzungsarmee wird als „demoralisiert" bezeichnet, ist also ebenfalls ein dankbarer Boden für die kommunistische Propaganda. Ob und in welchem Umfange Abd el Krim gewillt sein wird, diese Verhältnisse für sich und seine zweifellos patriotischen Sonderbestrebungen auszunutzen, bleibt abzuwarten.

Einem Sonderberichterstatter der Chicago Tribune erklärte Abd el Krim während des letzten Aufstandes der Rifkabylen, sein Ziel sei die Verteidigung der Unabhängigkeit des Rifgebietes sowie die Erlangung der Anerkennung dieser Souveränität durch die Großmächte. Frankreich habe ihn noch mehr als Spanien in seinen Verteidigungskrieg getrieben und ihm vorgeworfen, er beabsichtige Fez zu erorbern u. Sultan von Marokko zu werden. Die Rifbewegung selbst bezeichnete er ausdrücklich als „keine religiöse, auch keine Rassenbewegung, sondern einzig und allein als eine patriotische". Tatsächlich wurde Abd el Krim 1922, also ein Jahr nach der katastrophalen Niederlage der Spanier bei Annoul, wo von den spanischen Truppen nicht weniger als 10000 Mann ums Leben kamen, zum Sultan des Rifs ausgerufen. Die Spanier räumten im Jahre 1924 das Rifgebiet bis auf Mellita.

Der unglückliche Ausgang des Kabylenaufstandes gegen die Spanier und Franzosen in den Jahren 1925–1926 ist ja noch in allgemeiner Erinnerung. Abd el Krims militärische Erfolge zu Beginn dieses ungleichen Ringens waren geradezu erstaunlich. Der heute von den Franzosen als genialer Heerführer verherrlichte Marschall Lyautey mußte damals infolge seiner Schlappen durch Petain ersetzt werden. Die ersten Landungsversuche der Spanier in der Alhucemas-Bucht mißlangen. Dann setzten Franzosen und Spanier ein Heer von insgesamt 200000 Mann mit modernsten Kriegsmitteln in Bewegung und „eroberten" die monatelang heldenhaft verteidigten Stellungen einiger tausend Rifkabylen. Nach der Besetzung seines Hauptquartiers Ajders kapitulierte Abd el Krim am 26. Mai 1926 Damit brach der Kabylenaufstand in sich zusammen.

Hat Abd el Krim inzwischen gelernt, daß heute zum erfolgreichen Kriegführen mehr gehört als eine Handvoll gut schießender Berber- und Araberstämme, nämlich Geld- und eine Reihe großzügiger internationaler Beziehungen mit den Mächten, die heute offen oder geheim große Teile der Welt beherrschen? Schon früher bezeugte er unverhohlenes Interesse für das amerikanische Kapital, das nach seiner Ansicht im Gegensatz zur Gepflogenheit der europäischen Mächte keine militärische Besetzung nach sich zieht. Hat man ihm heute goldene Brücken in Moskau gebaut?

Das graue Elend über Deutschland

1929: 16665 Selbstmorde in Deutschland

„Das Leben in Schönheit und Würde"

Das Juliheft „Wirtschaft und Statistik" bringt die neuesten Zahlen über Selbstmorde in Deutschland. Danach ist die Zahl der Selbstmorde nach ihrem zeitweiligen Rückgang in den wirtschaftlich günstigeren Jahren 1927 und 1928 bereits 1929 mit dem Beginn der gegenwärtigen Wirtschaftskrise erneut angestiegen. Es starben 1929 im Deutschen Reich insgesamt 16665 Personen durch Selbstmord, das sind 629 Personen mehr als 1928 und 185 Personen mehr als in dem wirtschaftlich sehr ungünstigen Jahr 1926. Auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten als Ursache der neuerlichen Zunahme der Selbstmorde weist besonders die Tatsache hin, daß die Zahl der Selbstmorde von 30- bis 60jährigen Männern allein um 500 oder 10 v. H. der vorjährigen Zahl (5183) angestiegen ist. Von 100000 Männern dieses Alters verübten im Jahre 1929 51,1 Selbstmorde gegenüber 47,1 im Jahre 1928. Auch die Selbstmorde von 60 bis 70 Jahre alten Männern waren im Jahre 1929 mit 83,0 auf 100000 wieder beträchtlich häufiger als im Vorjahre (77,2). Dagegen ist bei den jugendlichen Personen männlichen Geschlechts, die im allgemeinen wohl nicht so sehr unter den seelischen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit zu leiden haben, noch eine geringfügige Abnahme der Selbstmordhäufigkeit festzustellen. Die Selbstmordhäufigkeit des weiblichen Geschlechts läßt kaum eine Beeinflussung durch die jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse erkennen. Die Zahl der Selbstmorde von über 30 Jahre alten Frauen ist vielmehr nach dem Kriege ununterbrochen, und zwar auch in den wirtschaftlich günstigeren Jahren 1927 und 1928 angestiegen. Ihre Zunahme hat 1929 etwas nachgelassen.

858360 Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene

Die diesjährige Zählung der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen vom Mai 1931 hat folgendes ergeben: Die Zahl der versorgungsberechtigten Beschädigten beträgt 838360. Gegenüber dem Vorjahr ist eine kleine Abnahme zu verzeichnen. Auf Württemberg entfallen 31673 Beschädigte einschließlich 13057 Schwerbeschädigte. Bezüglich der Verteilung der Beschädigten auf die einzelnen Grade der Minderung der Erwerbsfähigkeit ergibt sich folgendes Bild: Minderung der Erwerbsfähigkeit um 30 v. H. 357560=42,7 Prozent, um 40 v. H. 128107=15,3 Prozent, um 50 v. H. 13709=16,5 Prozent, um 60 v. H. 68311=8,1 Prozent, um 70 v. H. 58910=7,0 Prozent, um 80 v. H. 30705=3,7 Prozent, um 90 v. H. 6568=0,8 Prozent, mehr als 90 v. H. 49490=5,9 Prozent. Die Zahl der Hinterbliebenen beträgt: Witwen 360930, Halbwaisen 456637, Vollwaisen 38768, Elternteile 145699. Bei den Eltern ist die Zahl der Rentenempfänger gegenüber dem Vorjahr um rund 20000 zurückgegangen. Die Zahl der versorgungsberechtigten Kapitulanten beträgt 57440. Hiervon entfallen auf das Hauptversorgungsamt Württemberg 1601. Zum Schluß sei noch die Zahl der Personen, die unter das Kriegspersonenschädengesetz fallen, erwähnt. Die Zahl der hier in Frage kommenden Personen beträgt 3082.